Einzelpreis 15 Pfennig • 2. Jahrgang — Montag, den 13. Oktober 1919 — Nr. 493 / A 269 — Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbezug monatl. 4.65 M., bei Zustellung unter Streifband für Deutschland 6.30 M., fürs Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor wichtigen Entscheidungen.

Ultimatum der Heizer, Maschinisten und Elektriker.

Die 15er-Kommission beschäftigte sich in einer Sonntagssitzung mit der in der Presse veröffentlichten Antwort des Verbandes der Berliner Metall-Industriellen auf den Verhandlungsvorschlag des Herrn Reichsarbeitsministers. Eine offiziöse Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums liegt nicht vor. Die 15er-Kommission stellt fest, daß nach der in der Presse veröffentlichten Antwort des Verbandes der Berliner Metall-Industriellen sich diese Antwort nicht auf den Boden des Vorschlages des Herrn Reichsarbeitsministers stellt.

Eine Konferenz der Funktionäre der Heizer, Maschinisten und Elektriker nahm folgende Entschließung an:

„Laut Beschluß der Obleute des Heizer- und Maschinisten-Verbandes wird dem Reichsarbeitsministerium anheimgestellt, auf Grundlage des Vorschlages des Herrn Reichsarbeitsministers Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiter-Verband und dem Verband Berliner Metall-Industrieller bis Mittwoch, den 15. Oktober 1919, mittags 12 Uhr, einzuberufen. — Weigert sich der Verband der Berliner Metall-Industriellen, auf der vom Arbeitsministerium vorgeschlagenen Grundlage bis Mittwoch mittag in Verhandlungen einzutreten, so lehnen die Heizer und Maschinisten die Verantwortung für alle aus dieser Weigerung entstehenden Folgen ab.

Die Gewerkschaftskommission der Gewerkschaften Groß-Berlins.
Die 15er-Kommission."

*

Knorr-Bremse! Montag, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, Betriebsversammlung im Café Bellevue, Lichtenberg, Hauptstr. 2. Vertrauensleute treffen sich um 1 Uhr daselbst.

A. E. G.-Fabriken Hennigsdorf. Am Dienstag, den 14. Oktober, 8 Uhr vormittags, findet bei Brose in Hennigsdorf eine Streikversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Streikleitung. 2. Regelung der Unterstützungsfrage.

Kleinbau-Siemens-Schuckert. Montag, den 13. Oktober Auszahlung der Streikunterstützung in folgenden Lokalen: Abteilung 1—15 und 26 bei Rogoski, Tegelerweg 101. Abteilung 16—18 bei Lenz, Tegelerweg 97. Abteilung 19—60 bei Wochtmann, Tegelerweg 107.

Die Technische Nothilfe gegen den Metallarbeiterstreik.

Berlin, 12. Oktober.

Amtlich. Das Oberkommando Noske hat Nachricht erhalten, es sei von einigen gewissenlosen Elementen beabsichtigt, im Falle eines Streiks der Maschinisten und Heizer der Elektrizitäts- und Gaswerke die Maschinen zu sabotieren, um das Eingreifen der technischen Nothilfe unmöglich zu machen. Das Oberkommando teilt uns mit, daß gegen derartige Versuche mit den allerschärfsten Maßnahmen, die der Belagerungszustand gestattet, vorgegangen werden wird.

Die Organisation des Streikbruchs.

Die Technische Nothilfe entfaltet eine fieberhafte Tätigkeit zur Vollendung der Organisation des Streikbruchs. Sie legt in einem Inserat im „Vorwärts", das volle zwei Seiten umfaßt, nochmals ihre Absichten dar. An diesem Aufruf ist die Tatsache besonders bemerkenswert, daß sich in ihm kein Wort findet gegen die etwaige Streikabsichten der Aerzte, der Landwirte usw. Nur gegen die Arbeiter richtet er sich.

Daß der „Vorwärts" dieses zweiseitige Inserat veröffentlicht, wundert uns nicht. Er handelt immer noch nach dem Wort: Geld stinkt nicht. Wir aber halten es jetzt für angebracht, die Frage aufzuwerfen: Wer sind die Geldgeber für diese riesenhafte Summen beanspruchende Agitation gegen die Arbeiter? Wir warten einstweilen die Antwort auf diese neugierige Frage ab, obwohl wir nicht so naiv sind, eine einwandfreie Antwort zu erhoffen.

Eisenach, 12. Oktober.

Infolge eines Streiks der Elektrizitätsarbeiter lag für die Stadt die Gefahr vor, daß sie durch Aufhören der Beleuchtung in völliges Dunkel gehüllt würde, und außerdem die vom elektrischen Strom abhängigen Betriebe lahmgelegt würden, was einen großen Schaden verursacht hätte. Deshalb hat die „Technische Nothilfe" von Weimar aus eingegriffen und das Elektrizitätswerk wieder in Gang gebracht, was die Arbeiter alsbald zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlaßte.

Presseverbot und Belagerungszustand

Die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung darf die arbeitende Bevölkerung Berlins nicht ruhig über sich hingehen lassen. Zeitungsverbote sind ein Kind des Belagerungszustandes. Dieser ist verfassungswidrig. Durch sein Bestehen aber werden die wichtigsten

Errungenschaften des 9. November

zunichte gemacht. Die Arbeiterschaft wird der Willkür jener Mächte ausgeliefert, die Deutschland und die ganze Welt ins Verderben gestürzt haben.

Gegen diese gesetzlose Willkür muß die Arbeiterschaft, muß jeder freiheitsliebende Mann Protest einlegen. Die Parteileitung der U. S. P. D. hat zu diesem Zweck für Dienstag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr,

30 öffentliche Versammlungen

einberufen. Arbeiter, Parteigenossen, dokumentiert durch Massenbesuch der Versammlungen Euren unerschütterlichen Willen für die Errungenschaften des 9. November.

Versammlungslokale und Referenten werden im Inserat der heutigen Abendausgabe bekanntgegeben.

Das Befinden des Genossen Haase.

Im Befinden des Genossen Haase ist leider in den letzten Tagen keine Besserung zu verzeichnen. Es ist Fieber eingetreten, die Temperatur bewegt sich zwischen 38 und 39,5. Unter dem Fieber leidet auch der Allgemeinzustand. Es muß mit einer Infektion der Wunde gerechnet werden. Wenn auch der Zustand des Patienten zu größeren Besorgnissen noch keinen Anlaß bietet, so muß doch mit einer längeren Heilungsdauer gerechnet werden.

Die Anteilnahme der französischen Genossen.

Wir erhielten von unserem Schweizer Genossen Paul Graber folgendes Telegramm aus Bern:

Uebermittle Euch nachstehendes Telegramm, das ich soeben mit der Bitte um Weitergabe an Euch aus Paris erhalten habe:

Wir beklagen das schändliche Attentat auf Genossen Haase, das sich den Anschlägen anreiht, deren Opfer die besten sozialistischen Streiter in allen Ländern geworden sind. Wir sind glücklich, daß Genosse Haase dem Anschlag entronnen ist.

Kameradschaftliche Grüße, gute Genesung.

Longuet, Renaudel, Cachin, Thomas, Mistral, Pressemane, Lafont, Moutet.

Das Verbot.

Am Tage vor dem Verbot der „Freiheit" war hier gesagte worden, es sei notwendig, die politische Atmosphäre zu reinigen und die Gerechtigkeit, die solange verhöhnt worden ist, von denen, die die Gewalt ausüben, wieder zu respektieren; die Regierung müsse sich zur Wiederherstellung der Gesetzlichkeit entschließen und den ungesetzlichen Belagerungszustand beseitigen, der die fortwährend fließende Quelle aller möglichen Gewalttaten darstelle.

In der Nacht erschien ein gepanzertes Automobil mit Maschinengewehren, eine Menge schwerbewaffneter Soldaten drang ein und die „Freiheit" war auf Grund des Belagerungszustandes für drei Tage verboten. Die Antwort der Regierung auf die Forderung, endlich die von ihr selbst — auf dem Papier — geschaffene Gesetzlichkeit herzustellen, besteht also in einer neuen Gewalttat. Denn es muß immer und immer wieder gesagt werden, daß diese ganze Willkürherrschaft des Belagerungszustandes spätestens seit dem Inkrafttreten der Verfassung jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt. Wir wissen, daß das auf Herrn Noske keinen Eindruck macht; der zum Minister avancierte Unteroffizier, der nach eigenem Geständnis, sich um die Frage des Rechts — für ihn eine juristische Tüftelei — nicht kümmert, ist dem Machtwahn des preußischen Militarismus schon längst zu sehr verfallen, als daß der Appell an das Rechtsgefühl etwas nützte. Aber immer wieder muß das gesetzlose Schalten einer Regierung an den Pranger gestellt werden, die vor In- und Ausland als Regierung der „vollendeten Demokratie" posieren möchte.

Das Verbot ist aber nicht nur ein gewalttätiges Unrecht, es ist auch ein Unsinn. Wir sind verboten worden, weil wir einen Aufruf der Parteileitung brachten, den jedes Parteiblatt natürlich aufnimmt. Das Verbot erfolgte nach der Verbreitung, konnte aber keine Wirkung ausüben. Es erstreckte sich auf drei Tage, weil selbst diese Regierung kaum wagen kann, jene völlige und dauernde Unterdrückung der unabhängigen Presse durchzuführen, die sie bei der kommunistischen anwendet. Sie weiß, daß dies Gegenwirkungen ausüben würde, die ihr weit unangenehmer würden, als uns eine zeitweilige Behinderung unserer Presse. Daß wir uns durch ein solches Verbot einschüchtern ließen, oder gar „gebessert" würden, erwartet die Regierung wohl auch nicht. Und der materielle Schaden, den sie durch ihren Unfug verübt, wird durch die vermehrte Werbetätigkeit unserer Genossen rasch ausgeglichen.

Wozu also der Unsinn?

Man geht aber überhaupt fehl, erst noch nach irgendeinem Sinn zu suchen. Es handelt sich einfach um einen Ausfluß jenes Geistes der Brutalität, der den preußischen Militarismus so beliebt gemacht hat, und der in Noske seine vollendete Verkörperung findet.

In dem Aufruf der Parteileitung war an all jene üblen Taten erinnert, die an revolutionären Führern und Arbeitern begangen und ohne ausreichende Sühne geblieben sind. Und diese Erinnerungen verträgt die militaristische Clique nicht, der der Belagerungszustand erlaubt, auf den verfassungsmäßigen Rechten herumzutrampeln. Daher dieses Verbot, daher aber auch die Empörung, die es in der Arbeiterschaft auslöst.

Die Arbeiterschaft will sich nicht dauernd brutalisieren lassen, und sie hat es satt, eine Politik zu ertragen, die so entsetzlich unfähig ist, daß sie nicht anders als mit dem Belagerungszustand regieren kann. Jeden Augenblick führt der Mißbrauch, der mit dem Belagerungszustand getrieben wird, zu Konflikten, die oft tragisch enden, wie erst jüngst die Behinderung der Berliner Metallarbeiter-Versammlungen. Aber wenn es auch einmal glimpflicher abgeht, dieses Gefühl, einer recht- und gesetzlosen Willkür ausgeliefert zu sein, ist nachgerade unerträglich. Es widerspricht einfach der staatsbürgerlichen Würde, den Launen und Machtinstinkten einer Handvoll Militaristen gehorchen zu sollen, die in Noske ihr ausführendes Organ und in dieser sozialistisch-demokratisch-klerikalen Regierung ein widerstandsloses Instrument besitzen.

Seit März herrscht der Belagerungszustand in Berlin und in weiten Teilen des Reiches. Ein Grund für seine Aufrechterhaltung besteht nicht, außer in dem Bequemlichkeitsbedürfnis der Regierung und in dem Bedürfnis der Militaristen, den mobilen Zustand der Truppe und die damit verbundene erhöhte Löhnung aufrecht zu erhalten. Das muß endlich aufhören. Die Regierung muß eine Politik machen, die sie instand setzt, auch ohne Belagerungszustand auszukommen. Die Gesetzlosigkeit muß ein Ende finden, der Belagerungszustand endlich aufgehoben werden!

Aber dieses Ziel kann nur in einem zähen politischen Kampf erreicht werden. Es muß der Regierung zum Bewußtsein gebracht werden, daß die Aufrechterhaltung

des Belagerungszustandes durch die Empörung, die er erweckt, ihr größeren Schaden zufügt als denen, gegen die er sich richtet. Die Regierung will durch den Belagerungszustand Ruhe erzwingen, es muß ihr gezeigt werden, daß der Belagerungszustand nur eine Quelle der Unruhe ist. Die Regierung will durch den Belagerungszustand die Opposition knebeln und einschüchtern, es muß ihr bewiesen werden, daß die Opposition gegen dieses vernunft- und gesetzlose System bereits so mächtig geworden ist, daß die Polizei- und Militärmaßnahmen sie nicht schwächen, sondern ständig stärken.

Der Kampf gegen den Belagerungszustand muß mit allem Nachdruck und aller Energie geführt werden. Berlin wird den Auftakt geben, und wir hoffen, daß auch die Genossen im Reich diesen Kampfruf aufnehmen werden. Wir zweifeln nicht daran, daß die Berliner Arbeiterschaft die Versammlungen am Dienstag zu einer machtvollen Willenskundgebung gestalten werden. Denn es ist wirklich höchste Zeit, daß wir von der Schande des Belagerungszustandes endlich befreit werden!

Der Wortlaut des Verbots.

Am Freitag, den 10. Oktober, früh 1,25 Uhr, wurde uns folgendes Schreiben übermittelt:

Oberkommando Noske
Reichswehr-Gruppen-Kommando 1
(Abteilung Lüttwitz) Berlin W 10, den 9. Oktober 1919.
Abt. Ic Nr. . . . .
Eilt sehr! U. m. 1 Anlage.
Der Redaktion der „Freiheit" Berlin
übersandt. Es wird noch bemerkt, daß das Verbot bis zum 12. einschließlich gilt.
A. B.: Heimburg, Rittmeister.

Das in der Anlage enthaltene Verbot hatte folgenden Wortlaut:

Abschrift. Oberkommando Noske Berlin, den 9. 10. 19.
Abtlg. Ic.

Die Zeitung „Freiheit" hat durch fortgesetzte lügenhafte Behauptungen Unruhen in der Bevölkerung hervorzurufen gesucht. In der Nummer 490 wird in dem Aufruf: „Arbeiter, Parteigenossen" die wissentlich unwahre Behauptung aufgestellt, daß es in Deutschland militärische Mördercentralen gäbe, die hochbezahlte Mordbuben suche. Darauf sei das Attentat auf den Abgeordneten Haase zurückzuführen; die Regierung lasse Mörder ungestraft.

Ich verbiete deshalb das Erscheinen des Blattes auf drei Tage.

Für die Richtigkeit der Abschrift. Der Oberbefehlshaber
Persen, Leutnant. gez. Noske.

Die Besetzung der „Freiheit".

Am Sonnabend mittag kurz vor 12 Uhr erschien in den Geschäftsräumen der „Freiheit" ein Kriminalkommissar, begleitet von mehreren Kriminalbeamten, und erklärte, daß er den Auftrag habe, die Redaktion und den gesamten Geschäftsbetrieb der „Freiheit" während der Dauer des Verbots zu schließen. Er zeigte zu diesem Zwecke einen Befehl des Polizeipräsidiums vor. Der Befehl war wohl unterstempelt, trug aber keine Unterschrift! Redaktion und Geschäftsleitung weigerten sich daher, dem Befehl Folge zu leisten. Sie wiesen auch darauf hin, daß es unmöglich sei, den Geschäftsbetrieb und die Redaktionstätigkeit einzustellen, da laufende Arbeiten zu erledigen seien. Vor allem müßte die Redaktion für die am Montag wiedererscheinende Ausgabe wichtige Vorarbeiten erledigen. Aber alle Einwände waren erfolglos. Der Kriminalkommissar drohte, den Befehl unter Anwendung von Gewalt durchzuführen; er verwies dabei auf das von ihm mitgebrachte Militäraufgebot in Stärke von einem Leutnant und mehreren schwerbewaffneten Soldaten, und so mußten Geschäftsleitung und Redaktion der Gewalt weichen. Um der gewalttätigen Anordnung die Krone aufzusetzen, ordnete der Kriminalbeamte noch eine militärische Besetzung der Geschäftsräume an. Auf den Vorschlag, die Haupttür abzuschließen und vor der Tür einen Posten aufzustellen, ging der Beamte nicht ein.

Die Besetzung der „Freiheit" wurde mit einem riesigen militärischen Aufwand durchgeführt. Von der Sicherheitspolizei wurde eine Hundertschaft aufgeboten, die, mit leichten und schweren Maschinengewehren bewaffnet, den Hof des Druckereigebäudes besetzt hielt, während mit Handgranaten bewehrte Soldaten jeden aus- und eingehenden Passanten scharf aufs Korn nehmen mußten. Auch die Druckmaschinen wurden unter Beobachtung gestellt, damit sich diese nicht etwa selbständig in Bewegung setzten und die „Freiheit" verbotswidrig herausschleuderten.

Der ganze militärische Zauber war natürlich höchst überflüssig und schien mehr dem Zweck zu dienen, beschäftigungslosen Soldaten eine Tätigkeit zuzuweisen, bei der sie sich höchst langweilten. Denn nachdem das Verbot einmal ausgesprochen war, konnte kein ernsthafter Mensch daran denken, sich zu widersetzen. Die Soldaten fragten sich daher vergeblich, welche Aufgabe sie wohl hier zu erfüllen hätten, sie traten von einem Bein aufs andere und werden wohl öfters des allzuwahren Satzes gedacht haben: „Die meiste Zeit seines Lebens steht der Soldat vergebens."

Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde aber von den militärischen Dienststellen mit der Möglichkeit eines Putsches gerechnet, was bei ihrer geradezu gerichtsnotorischen Weltfremdheit ja nicht weiter zu verwundern ist. Es wurde daher neben den Soldaten noch ein ganzes Heer von Spitzeln aufgeboten.

Am späteren Nachmittag des Sonnabend versuchte die Redaktion der „Freiheit" den militärischen Stellen klar zu machen, daß für die Herausgabe der Montagsausgabe doch einige Vorbereitungen notwendig seien und daß dieser die Besetzung der Redaktions- und Geschäftsräume schleunigst wieder aufgehoben werden müßte. Aber es war nicht ganz leicht, die richtigen Stellen ausfindig zu machen. Der Reichswehrminister war nicht zu Hause. Sein Vertreter hatte keine Befugnisse, in die Befehlsgewalt des Mannes einzugreifen, der die Besetzung der „Freiheit" angeordnet hatte. Auch der Leiter der Reichskanzlei war nicht zu erreichen. Herr Leutnant Petersen, der Leiter der Presseabteilung des Korps Lüttwitz, erklärte am Telephon, daß er nicht viel machen könne, aber er wolle sich bemühen, den Wünschen der Redaktion entgegenzukommen. Das scheint ihm auch geglückt zu sein. Gegen Abend durften erst die Genossen die Absperrposten passieren, die mit der Herstellung des gewerkschaftlichen Nachrichtendienstes betraut waren, und etwas später ließ man auch die Redakteure der „Freiheit" ein.

[illegible] waren die militärischen Hindernisse noch nicht beseitigt. An der Ausgangstür der Redaktion stand ein Posten, der die Aktenmappen der hinausgehenden Personen scharfen Blickes darauf hin durchmusterte, daß nichts Verbotenes fortgeschleppt wurde. Man konnte es dem Soldaten ansehen, daß er nicht die geringste Ahnung davon hatte, wie eine Zeitung hergestellt wird. Aber wie in der guten, alten Zeit des Militarismus erfüllte er treulich die ihm aufgetragene Pflicht und stöberte in den Mappen herum, ohne freilich etwas Gefährliches finden zu können. Ergänzt wurde die Bewachung durch einen anderen Posten vor der Toilette, obwohl kaum anzunehmen war, daß die „Freiheit"-Redakteure die Vorgänge beim menschlichen Stoffwechsel zu noskewidrigen Manipulationen benützen würden.

Diese Bewachung setzte sich die ganze Nacht zum Sonntag hindurch fort, trotzdem nach Mitternacht kein Mensch mehr im Betrieb tätig war. Noch Sonntag vormittag langweilten sich ein Leutnant und eine ganze Anzahl Mannschaften in dem Hause der Druckerei. Als die Redaktion der „Freiheit am Nachmittag ihre Tätigkeit wieder aufnahm, war endlich der Spuk verflogen, der Kriegszustand am Schiffbauerdamm sein Ende erreicht zu haben.

Protest der Leipziger Parteigenossen.

In einer sehr stark besuchten Versammlung unserer Parteigenossen verwies vor dem Eintritt in die Tagesordnung Genosse Lipinski auf das Attentat auf den Genossen Haase. Unter einmütiger Zustimmung der Versammlung brachte er zum Ausdruck, daß die Leipziger Arbeiterschaft die Bluttat aufs schärfste verurteilt und dem Verwundeten die wärmste Sympathie ausspricht. Gegen den neuesten Gewaltstreich Noskes gegen die unabhängige Presse, gegen das Verbot der „Freiheit", wurde durch Annahme der folgenden Resolution einstimmig Protest erhoben:

Die am 9. Oktober in Leipzig versammelten Mitglieder der U.S.P. erheben schärfsten Protest gegen die neue Gewalttat Noskes gegen unsere Presse, die „Freiheit" in Berlin. Sie fordern die sofortige Aufhebung des Verbots.

Die Katastrophenpolitik im Baltikum

In den drei Tagen, in denen wir durch das Verbot unseres Blattes am Sprechen verhindert waren, haben sich die Verhältnisse im Baltikum derart zugespitzt, daß wir unmittelbar vor der Katastrophe stehen. Wir haben fortgesetzt auf das Nahen dieser Katastrophe hingewiesen und auf die ungeheuren Gefahren aufmerksam gemacht, die das deutsche Volk bedrohen, wenn nicht endlich mit der verhängnisvollen deutschen Baltenpolitik radikal aufgeräumt werde. Als noch derartige Maßnahmen leicht durchführbar waren, wurde nichts unternommen, vielmehr ist von deutschen amtlichen Stellen das Abenteuer verbrecherischer Landsknechte mit allen Mitteln gefördert worden. Jetzt, wo die Katastrophe vor der Tür steht, beruft sich die Regierung auf ihre Machtlosigkeit gegenüber den kurländischen Rebellen. Aber gleichzeitig ist die Haltung amtlicher Stellen und des halbamtlichen Regierungsorgans eine solche, daß auch jetzt noch der Eindruck des einmütigen Zusammenwirkens der deutschen und russischen Reaktionäre entstehen muß. In unserer Morgenausgabe vom 10. Oktober, die infolge des Verbots der „Freiheit" nicht zur Ausgabe gelangen konnte, schrieben wir anläßlich der Note des Obersten Bermont und des Grafen Pahlen, des Hauptes der neugebildeten „westrussischen Regierung", an die deutsche Regierung und der sich aus der ganzen Lage im Baltikum ergebenden Komplikationen folgendes:

„Was sich gegenwärtig in Kurland abspielt, ist eine direkte Folge der konterrevolutionären Verschwörung der deutschen und russischen Junker. Diese Verschwörerbande hat das baltische Abenteuer jetzt in ein neues Fahrwasser geleitet. Sie hat es verstanden, sich den militärischen und politischen Apparat der deutschen Regierung nutzbar zu machen, um Kurland als Aufmarschgelände für ihre abenteuerlichen Pläne zu befestigen und zu erhalten. Sie genießt auch jetzt die weitgehende Sympathie der amtlichen Kreise. Die deutsche Regierung hat nicht nur nichts gegen das Treiben der russischen Menschenhändler und deren deutsche Freunde unternommen, sie hat auch zugelassen, daß ihr amtlicher Vertreter in Kurland, Graf v. d. Goltz, entgegen allen Grundsätzen des internationalen Rechts das von ihm besetzt gehaltene Land nicht der gesetzmäßigen lettländischen Regierung, sondern der deutsch-russischen Verschwörerclique überantwortet hat. Für alle Komplikationen, die sich aus diesen Vorgängen ergeben, trägt die deutsche Regierung vor der ganzen Welt, vor dem deutschen Volke die Verantwortung."

Die Verwicklungen, auf die wir hinwiesen, sind schneller eingetreten, als allgemein erwartet wurde. Die Räuberbanden des Grafen Goltz, die jetzt vom Obersten Bermont geführt werden, haben sich in Bewegung gesetzt, um den sorgfältig vorbereiteten Plan der Eroberung Rigas und des Sturzes der lettländischen Regierung zur Durchführung zu bringen. Dieser Vorstoß wird gemacht, um der „westrussischen Regierung", diesem zum größten Teil aus hohen zaristischen Bureaukraten bestehenden Organ der deutsch-russischen Junkerallianz, eine militärische und politische Operationsbasis zu verschaffen. Gegen diese flagrante Rechtsverletzung hat die lettländische Regierung am 10. Oktober an die Friedenskonferenz ein Telegramm gerichtet, in dem unter heftigen Anklagen gegen die deutschen Truppen die Lage des Landes folgendermaßen geschildert wird:

Auf Verlangen der Alliierten gestatten die provisorische lettische Regierung deutschen Truppen bei Riga, die durch lettische und estnische Truppen eingeschlossen waren, sich nach Kurland zurückzuziehen mit dem Versprechen, das Land in kürzester Frist zu räumen. Aber Deutschland benutzte den Waffenstillstand, um die Truppenbestände in Kurland zu verdoppeln, die sich Verbrechen und Akte der Gewalt zuschulden kommen ließen. Die Truppen unternahmen alles, um die Organisation der lettischen Armee und den Kampf gegen die Bolschewisten zu verhindern. Als die lettischen Truppen kurz darauf die Offensive wieder aufn[illegible] ereilten sie bedeutende Gebietsteile. Die Deutschen griffen sie im Rücken an und nahmen die Feindseligkeiten wieder auf. Deutschland hat den Friedensvertrag gebrochen. Die lettische Regierung ersucht daher die Alliierten, ohne Verzug einschneidende Maßnahmen zu ergreifen, um Deutschland zu zwingen, sich an den Vertrag zu halten. Das zwischen den deutschen und den russischen Deutschfreunden geschlossene Bündnis bedroht nicht nur die Unabhängigkeit Lettlands, sondern auch den Frieden der ganzen Welt. Es ist gegen die alliierten und assoziierten Mächte gerichtet. Die Regierung protestiert vor der zivilisierten Welt gegen den Angriff. Die lettische Nation wird ihre Unabhängigkeit bis zum letzten Blutstropfen verteidigen.

Von „zuständiger Stelle" ist zu dieser Note der lettländischen Regierung ein Kommentar veröffentlicht worden, der gleichsam zu dem Zweck geschrieben war, um den Anklagen gegen Deutschland, daß es den Vorstoß der russischen Reaktionäre fördere, noch einen stärkeren Rückhalt zu bieten. Die Anklagen der lettländischen Regierung werden als „gehässige Treibereien" bezeichnet und gegen die Letten der Vorwurf erhoben, daß sie durch ihre militärischen Operationen den Rücktransport der deutschen Truppen verzögert oder gar verhindert hätten. Im übrigen seien es gerade die die dem Bolschewismus in jeder Weise Vorschub le und zwar auch dadurch, daß sie den russischen Truppen Oberst Bermont „den Weg zur Bolschewistenfront hätten.

Die sich jetzt als „Russen" kostümierten deutschen knechte, die von „zuständiger Stelle" so warm verteidi den, haben inzwischen die lettischen Stellungen zwisch und Mitau überrannt, die südlichen Vorstädte Sturm genommen und die Dünabrücken besetzt. kein Zweifel bestehen, daß Riga in den Händen der russischen Räuberbande ist und wiederum alle Schrec militärischen Besetzung und Plünderung über sich lassen muß. Daß damit der baltische Knäuel wickelter wird, liegt auf der Hand. Blutige und neue internationale Komplikationen werd unmittelbare Folge dieser Vorgänge sein, die den Deutschlands aufs neue mit Schmach bedecken und schen Volke tiefsten Haß des lettischen und estnischen zuziehen müssen.

Inzwischen hat die Entente begonnen, die angek Repressivmaßnahmen gegen Deutschland zu verwi Bei der deutschen Regierung ist Sonnabend nachmi nachstehende Telegramm der interalliierten Ma mission eingegangen:

„Infolge des Angriffes auf Riga werden alle Frei erlaubnisse für deutsche Schiffe in der Ostsee vo gehend außer Wirkung gesetzt. Schiffe, die sich in der Ostsee befinden, sind zurückzurufen, und anderen Schiffen ist die Erlaubnis zu geben, in See solange die Außerkraftsetzung dauert. Schiffe, die in der Ostsee befindlich angetroffen sind der Beschlagnahme durch die Alliierten unt Minenräumboote sind zurückzurufen."

Die durch dieses Telegramm verhängte „Blockade" über die Ostseehäfen steht mit dem Vorst Riga in unmittelbarem Zusammenhang. Es macht schon jetzt die verhängnisvolle Rückwirkung der schen Operationen der deutschen Landesverräter kum auf die Lage Deutschlands bemerkbar. Die werden sicherlich noch viel schwerwiegender werden, Deutschland nicht noch im letzten Augenblick gelingt stärkeren Druck als bisher auf die Truppen tionen im Baltikum auszuüben und den russischen teurern damit ihre Hauptstreitkräfte zu entziehen. derartigen Maßnahmen, die nicht bloß der Regierung lassen bleiben dürfen, keinen Augenblick gezögert darf, geht aus folgender Note der Entente an die Regierung hervor:

Paris, den 10. Oktober.

Die alliierten und assoziierten Regierungen nehmen von der in der Note vom 3. Oktober in aller Form zum gebrachten Absicht der deutschen Regierung, den Rück Truppen aus dem Baltikum und aus Litauen mit größter einzuleiten und durchzuführen. Sie billigen gleichfalls die mäßigkeit der zu diesem Zweck von der deutschen Regier geleiteten Maßnahmen. Die Deutsche Regierung versicher daß die von ihr eingeleiteten Maßnahmen sie von der gung freisprechen, die Erfüllung ihrer Ehrenverpflichtun sie durch die Bestimmungen des Waffenstillstandes festge vernachlässigt zu haben. Nachdem aber die Anordnungen schen Regierung offenbar trotz der wiederholten Ersu Vorstellungen der alliierten und assoziierten Regierungen aufgeschoben worden sind, daß die deutsche Regierung jetzt ten kann, sie sei tatsächlich nicht in der Lage, ihre durchzusetzen, ist es schwer, nicht anzunehmen, daß diese rung beabsichtigt wurde, um die Verhältnisse herbeizuführen, die deutsche Regierung jetzt zu bedauern vorgibt.

Augenscheinlich ist es tatsächlich unmöglich, eine klärung für die Weigerung zu finden, den General v. zurückzurufen, welcher ihr offizieller Vertreter gewesen die gegenwärtige Situation zu schaffen, die durch Widerstand gegen die berechtigten Ansprüche der alli assoziierten Regierungen charakterisiert wird. Warum hat Zurückberufung des Generals, die dreimal verlangt verweigert? Warum wurde der General, nachdem er einigen Tagen nach Berlin berufen war, abschließend Operationsgebiet zurückgeschickt? Offenbar geschah dies, Hilfe der Autorität seiner offiziellen Stellung eine durchzuführen, die heute der deutschen Regierung gest haupten, daß die Truppen, die bisher durch diese selbe bezahlt, gekleidet und befördert worden sind, heute unbo worden sind. Hat General v. d. Goltz seinen Instrukti gegen gehandelt? Wenn das der Fall ist, warum ist Insubordination nicht bestraft worden, sei es durch Verabschiedung oder auf irgend eine andere Weise? Regierung auf diese Frage nicht genügendere Erklärung bisher gegeben hat, liefert, können die alliierten und Regierungen nicht glauben, daß die deutsche Regierung sicherungen gemäß alles getan hat, was in ihrer Macht alle deutschen Truppen aus den baltischen Staaten zur

Es ergibt sich übrigens aus den letzten Nachrichten land, daß die Lage sich erheblich verschlim infolge der Offensive, welche die Deutschen am 8.

fen haben, indem sie die deutsch-lettische Zone verletzten, die sche Stellung mit Panzerzügen, mit Flugzeugen und mit gen Gasen angegriffen haben, indem sie weiter Riga be- t und in Kurland die Bildung einer deutsch- ssischen Regierung hervorgerufen haben, die sich der atregierung feindlich gegenübergestellt hat. Im Hinblick f diese Lage halten die alliierten und asso- erten Regierungen das Prinzip der vollen rantwortung der deutschen Regierung in r Ausführung des Abtransportes aufrecht sie wünschen die in ihrem Telegramm vom 27. September gekündigten Maßregeln in vollem Umfang aufrecht erhalten wissen, wenn der Abtransport nicht endlich unternommen und aller wünschenswerten Eile durchgeführt werden wird

Immerhin, um die Ausführung dieser Operation zu erleich- n und die deutsche Regierung zu unterstützen, nehmen die lierten und assoziierten Regierungen den Vorschlag an, lierte Vertreter zu entsenden, deren Mission darin bestehen wird, der deutschen Regierung von den Maßregeln Kenntnis zu hmen, die von ihr getroffen worden sind, um die Bedingungen s Abtransportes zu erfüllen, wie auch, um ihr diejenigen vor- schlagen, die sie selbst für nützlich halten, um am Platze selbst d in voller Aktionsfreiheit die wirksame Kontrolle der Aus- führung dieser Maßregeln auszuüben. Der Vorsitz der Alliierten- mmission wird in die Hände eines Generals gelegt rden, den die alliierten und assoziierten Regierungen nennen werden. Erst wenn dieser General dem bersten Rat der alliierten und assoziierten egierungen mitgeteilt haben wird, daß die ahregeln des Abtransportes normal durch- führt werden können die durch das Tele- gramm vom 27. September vorgesehenen Maß- geln aufgehoben werden. Die deutsche Regierung rd gebeten, ihre Antwort so schnell wie möglich bekannt geben wollen. Sie ist benachrichtigt, daß die alliierten und asso- ierten Regierungen sie für jeden Akt der Feindseligkeit ver- twortlich machen werden, der gegen ihre Repräsentanten in den ltischen Provinzen durch die deutschen Truppen sich ereignen nnte.

gez. Marschall Foch."

Die Entente hält also, vor allem unter Hinblick auf die altung der deutschen Regierung gegen den Grafen Goltz ie auch angesichts der Bildung der „westrussischen Regie- ung" und der militärischen Bedrohung Rigas an ihren For- rungen fest, sie nimmt aber den Vorschlag der deutschen gierung an, eine Kommission mit der Untersuchung der ge im Baltikum zu betrauen. Es ist also noch immer die öglichkeit gegeben, die ungeheure Gefahr der bevorstehen- n Abschnürung und wirtschaftlichen Erdrosselung Deutsch- nds abzuwenden, wenn von deutscher Seite alles unter- ommen wird, um die pflichtvergessenen deutschen Militärs, e an dem räuberischen Unternehmen im Baltikum teil- ehmen, zum Gehorsam zu zwingen.

Nachdem die Regierung auf diesem Gebiet ihre vollste nfähigkeit erwiesen hat und nachdem untergeordnete amt- che Stellen in schroffem Gegensatz zu amtlichen Erklärun- n das Abenteuer im Baltikum ermöglicht haben, hegen wir cht das geringste Vertrauen, daß auf dem bisher be- rittenen Wege irgendwelche Erfolge erzielt werden könn- n. Es müssen sofort Maßnahmen ergriffen werden, daß e verhetzten, irregeleiteten Soldaten im Baltikum aus dem unde berufener Vertreter des deutschen Volkes, der deut- hen Arbeiterschaft, über den wirklichen Stand der Ange- genheit und über die große Gefahr, in der das deutsche olk steht, unterrichtet werden. Es muß ferner verlangt rden, daß alle Personen in amtlicher Stellung, die das altische Abenteuer gefördert haben, sofort abgesetzt und ur Verantwortung gezogen werden. Es müssen leunigst Maßnahmen ergriffen werden, die die weitere erschwörertätigkeit der russischen Reak- onäre und ihren Menschenschacher auf deutschem Gebiet möglich machen. Es muß endlich auch mit aller Klarheit gestellt werden, daß alle Personen, die dem Räumungs- fehl keine Folge leisten oder ihn direkt oder indirekt sa- tieren, sich des Landesverrats schuldig machen d ihrer Reichsangehörigkeit verlustig gehen.

Nur wenn wirklich durch alle diese Maßnahmen gezeigt rd, daß es dem deutschen Volke ernst ist mit der Liqui- erung des baltischen Abenteuers und der kämpfung der verruchten deutsch-russi- en Interventionspolitik, nur wenn endlich bikel aufgeräumt wird mit all der Lüge und dem Betrug, auf diesem Gebiete fortwuchern und die politische At- osphäre Deutschlands vergiften, — nur dann kann erwar- t werden, daß die Katastrophe, vor der das deutsche Volk ht, noch im letzten Augenblick abgewendet wird.

Die Nationalversammlung.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom Donners- g hatte anstelle des Genossen Haase Genosse Oskar Cohn Aufgabe übernommen, die Auffassungen unserer Partei über Wesen der jetzigen Politik vorzutragen und zugleich die ahlrede des Herrn Scheidemann zu beantworten. ser Genosse führte eine Reihe von Beispielen aus der Tätig- t der rechtssozialistischen Regierungsleuten an, die deutlich igen, was das Gerede Scheidemanns über die Einigung des oletariats wert ist. Unter den Augen der Regierung und des chtssozialistischen Polizeipräsidenten darf die Militärjustiz und s Reichsmilitärgericht ihre Tätigkeit ausüben. Flugblätter, tschriften und Zeitungen der Unabhängigen Sozialdemokratie rden andauernd verboten, die rein gewerkschaftliche Betätigung r Arbeiter wird durch Regierungstruppen erschwert oder gar hindert. Unser Redner wies nach, daß der Reichswehr- inister sich eines Verfassungsbruchs schuldig gemacht be; vergeblich wartete er darauf, daß der Reichskanzler sich dazu äußerte. Dann beschäftigte sich Genosse Cohn mit dem baltischen benteuer und mit den Bestrebungen der russischen Konterrevolutionäre in erlin, um dann mit Nachdruck die Verständigung mit Sowjet- ußland zu fordern.

In der Freitagsitzung rechnete Genosse Henke mit Regierung wegen des Verbots der „Freiheit" ab. ehre unser Blatt, so führte er aus, daß es von den Herren um ske herum gehetzt werde. Es sei die Pflicht der „Freiheit", m klassenbewußten Proletariat die Wahrheit zu bringen. Wenn s Grund des Verbots angegeben werde, daß die „Freiheit" ge- gen habe, dann müsse man doch fragen, warum Herr Noske chts gegen die Zeitungen unternommen hat, die über angebliche ommunistenunruhen die größten Lügen verbreitet haben. enn man der „Freiheit" den Vorwurf der Demagogie mache, so innere das an den Vorwurf, der früher den Sozialdemokraten, sogar einem Bebel wer weiß wie oft gemacht worden sei. Nur ch dieser Vorwurf früher aus den bürgerlichen Kreisen stammte, während er heute von Leuten erhoben wird, die sich noch immer Sozialisten nennen. Herrn Scheidemann sagte Henke, daß eine Einigung mit den Arbeitern, die noch hinter den Rechtssozialisten stehen, möglich sei, und daß diese Einigung hergestellt werden würde. Eine Einigung mit Noske und seinesgleichen aber lehnen wir ab.

Henke wies dann darauf hin, daß das Bürgertum fort- gesetzt bewaffnet werde und daß das gegen den Friedens- vertrag verstoße. Mit diesen Ausführungen brachte er die ganze nationalistische Gesellschaft der Nationalversammlung gegen sich auf. Der Noske-Sozialist Keil wollte dem Genossen Henke durch Zwischenrufe zum Vorwurf, daß er damit die englische und französische Soldateska auf Deutschland hetze. Und er gebrauchte zur Bekräftigung dieses Vorwurfes ein grobes Schimpfwort, ohne daß er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen wurde. [illegible] imperialisten von der Sorte des Keil können [illegible] daß es die Pflicht jedes Sozialdemokraten [illegible] schaftlich mit den Sozialisten der anderen Länder gegen den Militarismus zu wirken. Sie sind aber so in nationalistischen Vorstellungen befangen, daß sie gleich den Alldeutschen entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages die Wiedererrichtung des Militarismus in Deutschland mit allen Mitteln fördern, ohne daran zu denken, daß seine Wiederaufrichtung in Deutschland den Reaktionären der Ententeländer den Vorwand liefert, auch dort den Militarismus beizubehalten. Wenn die Rechtssozialisten sich über diese Pflichterfüllung des Genossen Henke entrüstet haben, so beweisen sie damit wieder aufs neue, wie weit sie sich schon von den Auffassungen der Sozialdemokratie, die den Militarismus grundsätzlich bekämpft, entfernt haben. Herrn Noske rief Henke zum Schluß zu, daß wir seiner Gewaltpolitik begegnen werden mit der prinzipiell klaren Klassenpolitik des Proletariats, und daß wir unseren Weg zum Sozialismus unbeirrt weiter verfolgen werden.

Die Sonnabendsitzung der Nationalversammlung brachte einen Schwanengesang des Reichskolonialministers Bell über das Ende der deutschen Kolonialpolitik. Genosse Henke als Redner unserer Fraktion führte dazu aus, daß gerade das ein Segen für das deutsche Volk sei und daß wir dem Verlust der Kolonien keine Träne nachweinen brauchten.

Die Streiks in Amerika.

Der Hafenarbeiterstreik in New York hat sich verschärft. Eine Kommission von 12 Arbeitervereinen hat mit der allgemeinen Arbeiterkommission eine Konferenz abgehalten, um zu einer Beilegung des Streiks der Hafenarbeiter zu kommen. Die Streikenden haben sich geweigert, die Arbeit wieder aufzunehmen, solange noch verhandelt wird. Die Zahl der streikenden Hafenarbeiter ist auf 100 000 gestiegen. Der Schiffahrtsrat droht, die Schiffe nach anderen Häfen zu leiten, wenn nicht sofort eine Einigung erzielt wird. Der Verkehr im Hafen von New York liegt völlig still. Der Führer der Hafenarbeiter teilte mit, daß aus England der Bericht eingetroffen ist, daß sich dort die Hafenarbeiter weigern werden, aus New York eintreffende Schiffe auszuladen, solange der Streik andauert. Im Anschluß an einen Umzug kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem die Polizei von ihren Knüppeln Gebrauch machte.

Die reaktionären Unternehmer.

Amsterdam, 11. Oktober.

„Times" meldet aus New York vom 10. d. M., daß die Arbeitgeber auf der industriellen Konferenz heute ihr Programm vorgelegt haben. Sie stellen die Forderung, daß von keinem Arbeitgeber verlangt werden darf, mit Arbeitern oder Arbeitergruppen zu verhandeln, die nicht seine Angestellten sind oder aus deren Mitte gewählt sind. Die Arbeitgeber stellen das Recht zum Ausstand oder zur Aussperrung, wenn alle Mittel zur Beilegung eines Konflikts erschöpft sind, nicht in Abrede, wohl aber erklären sie Sympathiestreiks für unsozial und unmoralisch. Das Recht der Arbeiter, freiwillige Vereinigungen zur Führung von Kollektivverhandlungen zu bilden, wird zugestanden, aber mit der Befürwortung, daß die willkürliche Benutzung derartiger Organisationen zur Ausnützung von Zwang auf andere eine Verletzung der persönlichen Freiheit darstellt.

Drohender Bergarbeiterstreik.

Amsterdam, 11. Oktober.

„Times" meldet aus New York, daß der Bergarbeiterverband beschlossen hat, mit dem 1. November in den Ausstand zu treten, wenn die Bergwerksbesitzer nicht in die Forderungen der Bergarbeiter einwilligen. Die Bergarbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 60 Prozent, den sechsstündigen Arbeitstag und die fünftägige Arbeitswoche.

Ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß in England.

Amsterdam, 11. Oktober.

Ein hiesiges Preßbureau meldet, daß Lloyd George den Abordnungen der Gewerkschaftsverbände erklärte, die Regierung könne die Verstaatlichung der Bergwerke nicht in Erwägung ziehen. In Arbeiterkreisen wird diese Antwort als ungenügend angesehen. Einem Telegramm aus London zufolge hatten die englischen Gewerkschaften beschlossen, einen außerordentlichen Kongreß einzuberufen, wenn die Regierung auf die Vorschläge des Gewerkschaftskongresses, bezüglich der Verstaatlichung der Bergwerke eine befriedigende Antwort nicht erteilt. Auf diesem Kongreß soll über die Maßnahmen beraten werden, die getroffen sind, um die Regierung zu zwingen, dem Ansuchen der Mehrheit des Ausschusses stattzugeben.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet, daß der Plan, den Rat der Vierzehn, der bei der Beilegung des Eisenbahnerstreiks eine so große Rolle zu spielen hatte, zu einer dauernden Kommission zu machen, große Aussicht auf Verwirklichung hat. Die Besprechung dieser Frage wird demnächst bei einem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß stattfinden. Es werden Schritte getan, die, wie man annimmt, zu der Bildung eines dauernden Generalstabs der Gewerkschaften führen werden.

Der französische Senat hat dem Friedensvertrag mit 217 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zugestimmt. Das Reutersche Bureau meldet aus London vom 10. Oktober, daß der englische König den Friedensvertrag ratifiziert hat.

Die Kartoffelversorgung.

Amtlich wird mitgeteilt:

Ueber einen angeblich drohenden Zusammenbruch der Kartoffelversorgung gehen auf Grund von Mitteilungen einer Kartoffelanbaugesellschaft beunruhigende Nachrichten durch die Presse. Die Reichskartoffelstelle steht der Veröffentlichung dieser Notiz völlig fern. Von einem Zusammenbruch der Kartoffelversorgung kann keine Rede sein. Die gegenwärtigen Stockungen in der Zufuhr sind lediglich auf Transportschwierigkeiten zurückzuführen, die in der notwendigen Bevorzugung der Getreidetransporte ihren Grund haben. Von nächster Woche an werden sich infolge einer Bevorzugung der Kartoffeltransporte die Verhältnisse voraussichtlich bessern. Obwohl die Ernte den Erwartungen nicht entsprechen scheint, so treffen doch Mitteilungen über eine [illegible] Ernte aus [illegible] Bezirke Deutschlands zu. Selbst bei einer Ernte von nur 50 Prozent der Friedensernte werden die Rationen bei glatter Transportlage aufrecht erhalten werden können.

[illegible] Not.

Im Ernährungsausschuß der Nationalversammlung erklärte Staatssekretär Löwenfels-Reuß: Während die Ernährungssituation im Laufe des Frühjahres und des Sommers infolge der Ententeeinschübe erträglich war, stehen wir jetzt vor der Gefahr des unmittelbaren Zusammenbruches der ganzen Ernährung. Die Versorgung Wiens ist von einem Tag auf den anderen gestellt. Die Mehlquote ist für die nächste Woche auf die Hälfte gekürzt.

Noch trauriger ist die Kartoffelerzeugung, wo die Einfuhr von 20 000 Waggons notwendig ist, die jedoch bei den heutigen Transportverhältnissen so gut wie ausgeschlossen erscheint. Wenn sich die Länder in dem Maße absperren wie bisher, so wird es unmöglich, überhaupt noch eine Ernährungspolitik zu führen. Durch solche Beschlüsse, wie sie die oberösterreichische Landesversammlung gefaßt hat, wird das Land mit einer chinesischen Mauer umgeben.

Konkurrenzneid.

Beim Zusammentritt der Nationalversammlung beabsichtigte die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokratie eine Interpellation über die Folgen der Aufhebung der Lederzwangswirtschaft einzubringen. Sie wandte sich, um die nötige Zahl von Unterschriften zu bekommen, an die Rechtssozialisten. Diese lehnten ab, und zwar aus dem schofelsten aller Gründe, aus Konkurrenzrücksichten. Sie brachten nämlich unterm 4. Oktober eine eigene Interpellation in dieser Frage ein.

Um unseren Genossen gegenüber als die entschiedenen Vertreter der Volksinteressen auftreten zu können, machen sie sich also deren Anregungen zu Nutze. Sie rücken dadurch tief unter alles bisher gewohnte parlamentarische Niveau. Als unter dem Sozialistengesetz die sozialdemokratische Fraktion Unterschriften zur Einbringung von Interpellationen brauchte, sind sie ihr von den bürgerlichen Parteien stets gegeben worden. Die Rechtssozialisten aber bringen soviel Anstandsgefühl nicht auf.

Verschiebung der französischen Kammerwahlen. Die Wahlkommission der französischen Kammer hat mit 10 gegen 9 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen beschlossen, in der Kammer folgenden Antrag einzubringen: Die Wahlen sind in folgender Reihenfolge abzuhalten: Gemeindewahlen, Munizipalwahlen, Wahlen in den Senat, Wahlen in die gesetzgebende Körperschaft.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Die durch den englischen Verkehrsstreik ins Stocken geratenen täglichen Verschiffungen von deutschen Kriegsgefangenen werden am Montag, den 13. Oktober, wieder beginnen. Mit englischen Schiffen werden täglich von Harwich aus 420 Gefangene nach Rotterdam verschifft.

Lehrplan der Arbeiterbildungsschule.

Die Arbeiterbildungsschule, das von Wilhelm Liebknecht ins Leben gerufene Bildungsinstitut der Berliner Arbeiterschaft, nimmt ihre Tätigkeit in größerem Umfange, als es im Kriege möglich war, wieder auf. Ihr Ziel ist es auch jetzt, dem Proletariat das geistige Rüstzeug zur Führung seines Befreiungskampfes zu geben. Wir empfehlen den Genossen und Genossinnen, reichen Gebrauch von der Gelegenheit zur Vertiefung ihres Wissens zu machen.

Der Lehrplan bietet folgende Kurse:

Montag: Marx und der Marxismus. Vortragender: Otto Jenssen. Schullokal: Aula Köllnisches Gymnasium, Inselstr. Ecke Wallstraße. Beginn: Montag, den 13. Oktober 1919.

Dienstag: Einführung in die Nationalökonomie (unter besonderer Berücksichtigung der Sozialisierungsprobleme). Vortragender: Dr. Rudolf Hilferding. Schullokal: Aula Robert-Zelle-Realschule, Auguststr. 21. Beginn: Dienstag, den 14. Oktober 1919.

Donnerstag: Die Internationale. Vortragender: Emil Eichhorn. Schullokal: Schulsaal der Arbeiter-Bildungsschule, Schicklerstr. 5-6. Beginn: Donnerstag, den 16. Oktober 1919.

Donnerstag: Gewerkschaftsarbeit und Rätebewegung. Vortragender: Richard Seidel. Schullokal: Aula Köllnisches Gymnasium, Inselstr. Ecke Wallstraße. Beginn: Donnerstag, den 16. Oktober 1919.

Freitag: Verfassungswesen und Verfassungskämpfe. Vortragender: Ernst Däumig. Schullokal: Aula Robert-Zelle-Realschule, Auguststr. 21. Beginn: Freitag, den 17. Oktober 1919.

Sonnabend: Geschichte der modernen Revolutionen. Vortragender: A. Stein. Schullokal: Schulsaal der Arbeiter-Bildungsschule, Schicklerstr. 5-6. Beginn: Sonnabend, den 18. Oktober 1919.

Sonntag: Drei Einzelvorträge zur Einführung in das Verständnis für Musik. 1. Abend: Volksmusik. 2. Abend: Klaviermusik. 3. Abend: Kammermusik. Vortragender: Leo Kestenberg. Schullokal: Aula Köllnisches Gymnasium, Inselstr. Ecke Wallstraße. Beginn: Sonntag, den 19. Oktober 1919. Der Termin für den 2. und 3. Abend wird noch bekannt gegeben.

Jeder Kursus umfaßt acht Abende. Die Vorträge beginnen an den Wochentagen pünktlich um 7 Uhr abends und enden gegen 9½ Uhr. Beginn der Sonntagsvorträge 4 Uhr nachmittags. Das Hörergeld beträgt für jeden Kursus 3 M., für jeden Sonntagsvortrag 1 M.

Das Hörergeld ist spätestens am 2. Kursusabend zu zahlen. Jeder Hörer hat bei Beginn des Kursus eine Hörerkarte auszufüllen und erhält als Ausweis einen Abschnitt derselben, dessen einzelne Teile für jeden Kursusabend abzunimmen und zu statistischen Zwecken abzugeben sind.

Die Bibliothek befindet sich Schicklerstr. 5. Sie ist Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 7—10 abends geöffnet. Die Bibliothek steht den Hörern und allen Mitgliedern der U. S. P. unentgeltlich zur Verfügung. Als Legitimation dient die Hörerkarte oder das Partei-Mitgliedsbuch.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz.
7½ Uhr: Die Bürger von Calais

Opernhaus
7½ Uhr: Carmen.

Schauspielhaus
7½ Uhr: Peer Gynt.

Deutsches Theater
Direktion: Max Reinhardt.
7½ Uhr: Der Kaufmann v. Venedig

Kammerspiele
8½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Theater i. d.
Königgrätzer Straße
8 Uhr: Kameraden.
Dienstag: Kameraden.
Mittwoch: Neueinstudiert:
Ein Traumspiel
von August Strindberg.
Musik von E. N. von Reznicek.
Hauptdarsteller: Irene Triesch, Ludwig Hartau, Alfred Abel, Ferdinand von Alten, Gustav Botz, Ernst Dernburg, Frieda Richard, Jenny Marba, Gustaf Hildebrand, Felix Bossert.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
8 Uhr: Liselott von der Pfalz

Berliner Theater
8 Uhr: Dummel-Studenten.

Theater am Nollendorfplatz
8½ Uhr: Die Puppe.

Rose-Theater
Letzte Aufführungen!
8½ Uhr: Kleine Sklavin.

Wallhalla-Theater Weinbergsweg
Montag, den 13. Okt.
8½ Uhr
Zum 100. Male
Das Gesetz
Sozialist. Drama von Bader.
Dienstag und folgende Tage:
Das Gesetz.

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. 8½ Uhr:
Großstadt-Pflanzen
Volksstück in 3 Akten.
Vorher: „Schwarzwaldbilder".
Operettenakt mit Viktor Litzek von der Komischen Oper.
Dazu erstklassige Spezialitäten.
Sonntag ¼4 Uhr: Mädchenehre.

Wintergarten.
Täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Circus Busch
Jeden Dienstag u. Freitag 8 Uhr nur Boxkämpfe!!
Die übrigen Tage 7½ Uhr:
„Aphrodite"
Tragikom. Pantomime in 3 Akten v. Paula Busch inszeniert v. Hofballettm. Georges Blanvalet.
Vorher der große Circus-Programm.

Strandschloß Tegel
Jeden Sonntag, Dienstag, Donnerstag u. Freitag: Großer Ball. 7 Mann Ballorchester. Anfang 4 Uhr Sonntags, 7 Uhr Wochentags.

Residenz-Lichtspiele
Blumenstraße 10, neben Residenz-Theater
Das Tagesgespräch von Berlin!
Die Arche
nach dem bekannten Roman.

SCHAU-BURG
am Potsdamer Platz
Ecke Prinz-Albrecht-Straße (früher Hofjäger)
Heute, abends 6½ Uhr
Filmschau :: Bühnenschau
„JETTATORE"
(Die geheimnisvolle Macht)
Film in 5 Akten — Spielleitung: Richard Eichberg
Auf der Bühne: Persönlich **Paul Heidemann**
in dem Sketsch
„Ein heisser Tag"
Mitwirkende:
Paul Heidemann, Erna Alberti u. a.

Roland-Festsäle
Elsasser Str. 26.
Kabarett und Diele
Bier- und Weinausschank
Reichhaltige Mittag- und Abendkarte
Täglich
Auftreten erstklassiger Kräfte
Anfang 7½ Uhr — Anfang 7½ Uhr
Nach der Vorstellung
TANZ
Säle und Vereinszimmer bis 400 Personen fassend, für Versammlungen und Hochzeiten noch frei.

Künstlerhaus, Bellevuestrasse
Verlängert bis 20. Oktober
Heute und täglich 8 Uhr abends
MARCELL SALZER
Lustige Abende — Das neue Programm.
Karten von 6 bis 2 Mk. b. Bote & Bock, Wertheim und im Künstlerhaus (Tageskasse 11—6) Abendkasse ab 7 Uhr.

Volkstümlicher Kunstabend
Ein Musterprogramm
der Volks- und Arbeiterbildungsausschüsse Deutschlands.
Margarete Walkotte
Gedichtvorträge und Lieder zur Laute
unter gütiger Mitwirkung von Professor **Hugo Dechert (Cello)**
Mittwoch, den 15. Oktober im Schubertsaal, Bülowstraße 104 (am Nollendorfplatz). Beginn 8 Uhr
Karten zu 4, 3, 2 M. bei Bote & Bock, Leipziger Straße 37, Wertheim, Leipziger Straße, und im Schubertsaal.

Konditorei u. Café Hohenstaufen
Kottbuser Damm 76, Inh. Otto Pollmann,
hält sich den Genossen bestens empfohlen.

Bürgerliche Möbel
in guter Ausführung, herrührend aus günstigen Einkäufen, folglich preiswert und in großer Auswahl.
Lagerbesuch lohnend und ohne jede Verpflichtung zum Kauf.
Auf Wunsch
Zahlungserleichterung.
Möbel-Frese
Weinbergsweg 1
Rosenthaler Platz.

!! Modernste Tänze !!
Jazz, Tiele-Toe, Foxtrott usw.
Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene beginnen Mitte Oktober in Kleinkunst-Kasino, Heinrichstraße 721 an der Jannowitzbrücke.
Einzelunterricht.
Carl Flechtmann.
Kantstraße 12. Steinpl. 10533

Sonntag-Nachmitta
Abonnement für das Gro
Schauspielhaus (Leitu
Max Reinhardt)
Sechs Vorstellungen.

Spielplan:
Äschylos: Orestie
Goethe: Faust und Götz von Berlichingen
Shakespeare: Julius Cäsar
Aristophanes: Lysistrata
Gerhart Hauptmann: Der weiße Heiland

Preise der Plätze für eine Vorstellung
Loge und Parkett . . .
Balkon . . . . . .
I. Ring . . . . . .
II. Ring . . . . . .
III. Ring . . . . . .

Verkauf: Theaterkasse Wertheim, Leipziger S

Schloß Schönhausen
Paul Schönherr
Niederschönhausen, Lindenstr. 11.
Jeden Sonntag und Donnerstag
Ball der Jugend
Die gute Musik. Der große Betrieb.
Vereine und Gesellschaften empfehle meinen Saal unter den kulantesten Bedingungen.

Karneval- und Verlosu
Pohl & Weber Nachfg. Be
Spittelmarkt 4-7, I. — Spezialhaus f
Verlangen Sie Preisliste

Schwarzer Kater
Schaubühne Moritzplatz
(früher Burgenhagen)
Das
Riesen-Oktober-
Varieté-Programm
Anfang 8 Uhr
Sonn- und Feiertags: 2 Vorstellungen
3 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends
Nachmittags kleine Preise
Vorverkauf Sonntags zwischen 12—2 Uhr an der Tageskasse

Richard Oswald-Lichtspiele
Köpenicker Straße 68 (National-Theater).

Direktion: Gebr. Köttner

Das Tagesgespräch von Berlin

„DIE ARCHE"

7 Akte, für den Film bearbeitet von Robert Liebmann u. Richard Oswald

Regie: Richard Oswald

Der aufsehenerregende 6. Akt: **Auf dem Totenschiff „Helvetia"**

Großes Orchester (20 Mann) Leitung Kapellmeister Heinz Praetorius

Eintrittspreise von 1,10 M. ab

Vorstellungen: 6³⁰ 8³⁰ Sonntags 3 ¾5 ¾7 ½9

Der Streik der Metallarbeiter.

Schwere Schädigung der Gewerkschaftsbewegung.

Am Freitag war der Streikleitung vom Reichswehr-Gruppenkommando 2 die Erlaubnis erteilt worden, ein gewerkschaftliches Nachrichtenblatt herauszugeben und auch vom technischen Betrieb der „Freiheit" herstellen und verbreiten zu lassen. Die Streikleitung und die Berliner Gewerkschaftskommission haben dem Kommando vorgestellt, daß das Verbot der „Freiheit" die Bewegung der Metallarbeiter und die gewerkschaftlichen Organisationen insgesamt schädige, daß in der Arbeiterschaft die Auffassung bestehe, daß das Verbot eine solche Schädigung des Kampfes der Metallarbeiter mitbezweckt. Das Reichswehr-Gruppenkommando bestritt die Berechtigung dieser Auffassung und gestattete nach längeren Verhandlungen die Herausgabe gewerkschaftlicher Nachrichten, stellte aber die Bedingung, daß das Blatt vor der Fertigstellung zur Zensur vorgelegt werde.

Durch die Besetzung der Redaktionsräume der „Freiheit" und die Schließung des Expeditionsbetriebes, sowie durch die Vorzensur, die eine Verzögerung der Herstellung des Blattes um mehr als drei Stunden zur Folge hatte, war es jedoch unmöglich, die „Gewerkschaftlichen Nachrichten" herauszubringen. Einander widersprechende Anordnungen der Behörden halten somit zur Folge, daß es den Gewerkschaften, besonders dem in einem schweren Kampfe stehenden Metallarbeiterverband unmöglich gemacht worden ist, der Arbeiterschaft von den Vorgängen in den Organisationen Kenntnis zu geben. Ob diese Maßnahmen geeignet sind, bei der Arbeiterschaft den Eindruck zu verwischen, daß sich das Verbot der „Freiheit" gleichzeitig gegen die gewerkschaftlichen Kämpfe richtet, möchten wir bezweifeln.

Wir bringen die wichtigsten Nachrichten über den großen Streik der Metallarbeiter aus den letzten Tagen nachfolgend in gedrängter Darstellung.

Der Beschluß der Gewerkschaftskommission.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat in der Sitzung vom Mittwoch, den 8. Oktober, folgende Resolution angenommen:

„Die Gewerkschaftskommission Berlins u. Umg. nimmt Stellung zum Streik der Berliner Metallarbeiter und erklärt nach gewissenhafter Prüfung der Streiklage, daß der den Metallarbeitern von einem übermütigen Unternehmertum aufgezwungene Abwehrstreik von allen Gewerkschaften unterstützt werden muß. Sie ruft alle Gewerkschaften auf, sofort zum Streik der Metallarbeiter Stellung zu nehmen und gegebenenfalls den Metallarbeitern mit allen Mitteln zur Seite zu stehen.

Sie erblickt in dem Verhalten der Unternehmer den Versuch, die Arbeiterschaft wirtschaftlich zugrunde zu richten und ihre Organisationen zu zerschlagen. Das wird und muß verhindert werden.

Die Gewerkschaftskommission erhebt auch den schärfsten Protest gegen die Maßnahmen des Oberkommandos, die zur Verhinderung von Gewerkschaftsversammlungen getroffen worden sind. Sie erblickt darin eine einseitige Parteinahme zugunsten der Unternehmer, die geeignet ist, neuen Zündstoff in die erregte Arbeiterschaft zu tragen. Sie erwartet von der Regierung die Gewährung der vollsten Versammlungsfreiheit für alle Gewerkschaften und weiter die Zurückziehung aller Truppen der Reichswehr aus den bestreikten Betrieben.

Die Gewerkschaftskommission beauftragt den Ausschuß der Gewerkschaftskommission, an den Sitzungen der Fünfzehnerkommission teilzunehmen und ermächtigt diese weitere Streikleitung zur Vorbereitung aller erforderlichen Maßnahmen, des weiteren werden alle Gewerkschaften verpflichtet, sofort Funktionärversammlungen einzuberufen, in denen ein Mitglied der Fünfzehnerkommission über den Stand des Streikes und seine Bedeutung für alle Gewerkschaften berichten soll."

Entsprechend den durch die Resolution festgelegten Beschlüssen ist die Fünfzehnerkommission (Streikleitung) durch die Mitglieder der Berliner Gewerkschaftskommission verstärkt worden. Die Führung des Kampfes liegt nun gemeinschaftlich in den Händen der Fünfzehnerkommission und der Berliner Gewerkschaftskommission. Alle Beschlüsse und Maßnahmen werden gemeinschaftlich gefaßt.

Die Front der Berliner Arbeiterschaft ist somit geschlossen. Der Kampf der Metallarbeiter ist nun Sache der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, womit er eine starke moralische Stütze erhalten hat. Auch auf die materielle Unterstützung durch rege Beteiligung an den Sammlungen wird diese neue Wendung nicht ohne Wirkung bleiben.

Die Solidarität der Berliner Arbeiterschaft scheint auch ihren Eindruck auf die Oeffentlichkeit nicht zu verfehlen. Die Hetze der bürgerlichen Presse ist für den Augenblick verstummt.

Verhandlungen in Aussicht?

Die Fünfzehnerkommission und die Berliner Gewerkschaftskommission haben in der Sitzung am Donnerstag, den 9. Oktober, auf den Verhandlungsvorschlag des Arbeitsministers folgende Antwort gegeben: „Auf Ihr wertes Schreiben vom 8. d. M. und den darin enthaltenen, von Ihnen gemachten Vorschlag haben, nachdem die Generalversammlung der Fünfzehnerkommission, dem Metallkartell und der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend die Beantwortung überlassen hat, diese Körperschaften dazu Stellung genommen und geben nach reiflicher Prüfung folgende Antwort: Wir sind bereit, in Verhandlungen einzutreten, und ersuchen, falls die Geneigtheit der Unternehmer dazu vorhanden ist, uns den Termin dieser Verhandlung bekannt zu geben."

Die außerordentliche Hauptversammlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller hat am 11. Oktober zu dem Vorschlag des Reichsarbeitsministers einstimmig folgende Stellungnahme beschlossen:

„Der Verband ist nach wie vor bereit, die Verhandlungen über den Tarifvertrag, die vom Metallarbeiterverband am 10. September 1919 abgebrochen wurden, wieder aufzunehmen und mit aller Beschleunigung zu Ende zu führen, wobei zunächst Unebenheiten, soweit sie sich in den bereits gefällten 19 Teil-Schiedssprüchen vorfinden, beseitigt werden können. Die Verhandlungen müßten, wie von dem Herrn Reichsarbeitsminister am 1. Oktober 1919 vorgeschlagen, vor einem Schiedsgericht stattfinden, dessen Vorsitzenden der Herr Reichsarbeitsminister im Einverständnis mit beiden Parteien ernennt und dessen Entscheidung für beide Parteien bindend ist. Unter der Voraussetzung der Annahme dieses Vorschlages auch durch die Arbeitnehmer erklärt sich der Verband Berliner Metallindustrieller damit einverstanden, daß die im Schiedsspruch vom 21. August 1919 in der 5. Lohnklasse vorgesehenen drei Zuschläge von je 5 Pfennig auf je 10 Pfennig erhöht werden, während im übrigen dieser von beiden Parteien angenommene Schiedsspruch aufrecht erhalten bleibt."

Da sich der Beschluß der Metallindustriellen den Vergleichsvorschlag des Arbeitsministers nicht vollinhaltlich zu eigen macht, wird eine erneute Stellungnahme der Streikleitung nötig sein, bevor die Verhandlungen aufgenommen werden können.

*

Der Vermittlungsvorschlag Schlicks hatte im wesentlichen folgenden Inhalt:

Beide Parteien treten erneut in Gruppen der einzelnen Berufe zusammen, um diese in die im Schiedsspruch vom 21. August 1919 festgesetzten Lohnklassen einzuordnen. Jeder Gruppe bleibt es unbenommen, zu den Verhandlungen Vertreter der Organisation hinzuzuziehen. Die den Arbeitern nach dem Schiedsspruch zu gewährenden Zuschläge betragen abweichend von dem Schiedsspruch vom 21. August auch für die 5. Lohnklasse je 10 Pf. Sollte bei den Verhandlungen eine Verständigung zwischen beiden Parteien nicht erzielt werden können, so entscheidet ein im Einvernehmen beider Parteien vom Reichsarbeitsministerium ernannter Sachverständiger endgültig. Diese Entscheidung sowie die Vereinbarungen der Parteien bilden Bestandteile eines mit Gültigkeit vom 1. Oktober 1919, im übrigen aber nach den Bestimmungen des Schiedsspruchs vom 21. April 1919 geltenden Tarifvertrages.

Dieser Vorschlag wird den Anschauungen beider Parteien nicht voll gerecht. Er mutet Arbeitgebern und Arbeitnehmern Verzichte und Opfer zu. Von den Arbeitnehmern verlangt er die Aufrechterhaltung der früher ausgesprochenen Anerkennung der im Schiedsspruch vom 21. August 1919 festgesetzten fünf Lohnklassen. Das tut er in der Erwartung, daß mit der Aufrechterhaltung der Anerkennung auch ihrerseits ernstlich der Versuch gemacht wird, Berufe in die 5. Lohnklasse einzuordnen. Den Arbeitgebern empfiehlt er eine Erhöhung ihrer Zugeständnisse in der Voraussetzung, daß diese Opfer noch übernommen werden. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sucht er gleichmäßig zu belasten, indem er von ersteren ein Entgegenkommen bis 1. Oktober, von den letzteren einen Verzicht auf Bezahlung der Zugeständnisse für die Zeit der Verhandlungen erwartet.

Die Streiklage.

Am Donnerstag sind weitere 13 Firmen in den Streik getreten. Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten hat sich damit um 2000 erhöht.

Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten hat sich am Freitag um 4510 erhöht. Die Arbeiter 15 neuer Firmen sind in den Streik getreten. Die Zahl derjenigen Betriebe, die die Forderungen der Arbeiter anerkannt haben, ist auf 60 gestiegen.

Am Sonnabend ist die Zahl derjenigen Firmen, die die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben, auf 72 gestiegen. Die Arbeiter von weiteren 21 Firmen haben sich am Streik beteiligt. Die Zahl der Streikenden ist um 1400 gestiegen.

In einer Sitzung der Obleute der Streikleitungen wurde stürmisch verlangt, der Kampf müsse verschärft werden. Die Obleute gaben ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß die Metallindustriellen Groß-Berlins genügend Zeit gehabt hätten, um auf den Vorschlag des Herrn Arbeitsministers zu antworten. Ein Warten könne es nicht mehr geben.

In einer anschließenden Sitzung der Gewerkschaftskommission Groß-Berlins und der Fünfzehnerkommission wurde einstimmig beschlossen, dem obigen Antrage der streikenden Obleute stattzugeben und von dem Angebot der Kampfunterstützung durch die Heizer und Maschinisten Berlins Gebrauch zu machen. Die Ausführung des Beschlusses wurde dem Zentralverband der Heizer und Maschinisten übertragen.

Im weiteren geben wir unseren Kollegen folgenden Vorgang zur Kenntnis: Den Kriegsbeschädigten mit über 50 Prozent Rente steht es nach dem Beschluß der Fünfzehnerkommission frei, in den Betrieben zu verbleiben. In der Knorrbremse haben die Kriegsbeschädigten von ihrem Rechte, weiterzuarbeiten, Gebrauch gemacht. Die Firma mutet nun diesen Kriegsbeschädigten zu, die Soldaten, die zur Verrichtung der Arbeit Streikender abkommandiert sind, zu beaufsichtigen. Die Streikleitung steht demgegenüber auf dem Standpunkt, daß auch Kriegsbeschädigte mit über 50 Prozent Rentenanspruch sich nicht dazu hergeben dürfen, Streikarbeit zu leisten. Als Streikarbeit sieht die Kommission die Beaufsichtigung der militärischen Kommandos gleichfalls an.

In der Zinkraffinerie Oberschöneweide befinden sich die Kollegen gleichfalls im Streik. Ein dort befindlicher Hochofen würde, wenn er nicht unter Feuer gehalten wird, einfallen. Die Fünfzehnerkommission will das Zusammenstürzen dieses Ofens verhindern und gibt zu diesem Zwecke einen Arbeiter zur Befeuerung des Ofens frei. — Anträge dieser und ähnlicher Art dürfen nur von der Fünfzehnerkommission entschieden werden.

Die Fraktion der K. P. D. des Vollzugsrates teilt der Fünfzehnerkommission mit, daß sie Wert darauf legt, folgende Berichtigung an die Presse gelangen zu lassen:

„Die Fraktion der K. P. D. des Vollzugsrats hat bei der Fünfzehnerkommission nicht angefragt, ob die Gewerkschaften aus ihren Mitteln Streikunterstützung an Nichtorganisierte zahlen. Die Fraktion der K. P. D. hat nur Aufschluß verlangt über die Verwendung der Gelder, die durch eine allgemeine Sammlung aufgebracht werden sollen."

Wir erklären dazu, daß wir das Bedürfnis hatten, allen am Streik Beteiligten über die obige Frage der K. P. D. hinaus Aufschluß über Verwendung der Gelder und Unterstützung der Streikenden zu geben. Um nun obige Frage der K. P. D. wie gewünscht zu beantworten, erklären wir: Die durch die freiwilligen Sammlungen aufgebrachten Gelder sollen durch die Fünfzehnerkommission gleichmäßig an alle im Streik befindlichen Betriebe verteilt werden. Die Verwaltung der einkommenden Gelder, die Verausgabung von Marken erfolgt in dem Deutschen Metallarbeiterverband. Die Revision der eingekommenen und verausgabten Gelder erfolgt durch eine Kommission, bestehend aus fünf Kollegen, einer ernannt vom Transportarbeiterverband, einer ernannt vom Fabrikarbeiterverband, einer ernannt vom Gewerkverein H. D., zwei Kollegen gewählt durch die Obleute der Streikenden. Bücher und Belege werden von diesen fünf Kollegen geprüft. Es wird öffentlich Rechnung gelegt über die Verwendung der Einkünfte.

Zu der heutigen Sitzung der Fünfzehnerkommission erschien die Fraktion der K. P. D. des Vollzugsrats und gab dem Sinne nach folgende Erklärung ab:

„Wir stehen nach wie vor auf dem Boden, die Streikenden mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen, in jeder Form, und weisen die Verdächtigungen, daß wir eine Parole, die sich gegen den Streik richtet, herausgegeben haben, zurück."

Die Fünfzehnerkommission nahm Kenntnis von dieser Erklärung, betonte aber ausdrücklich, daß uns in verschiedenen Fällen bekannt geworden ist, daß sich Kommunisten, soweit sie Anhänger der Betriebsorganisation sind, gegen den Streik und gegen die finanzielle Unterstützung desselben ausgesprochen haben. Näheres werden wir nach Beilegung des Kampfes veröffentlichen.

Eine Vertrauensleute-Sitzung des Deutschen Werkmeisterverbandes hat Richtlinien herausgegeben für das Verhalten der Mitglieder des Verbandes. Nach diesen Richtlinien sind die Streikenden in jeder Beziehung zu unterstützen. Insbesondere sollen die Werkmeister es ablehnen, sogenannte schwarze Listen aufzustellen.

Die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.
Die Fünfzehnerkommission.

*

Die Streikleitung sendet uns folgende Berichtigung: In einer Notiz des „Vorwärts" vom 11. 10. 19 Morgenausgabe wird unter der Ueberschrift „Ist das auch Gewerkschaftstrategie?" behauptet, daß in dem Betrieb der Firma Daimler-Marienfelde die Vertrauensleute und der Betriebsrat beschlossen hätten, die Notstandsarbeiten weiter auszuführen. Auf Betreiben eines Mitglieds der Fünfzehnerkommission sei dann dieser Beschluß wieder rückgängig gemacht worden. Die Notstandsarbeiten betreffen das Ausbuddeln von Kartoffeln. Es wird hiermit festgestellt, daß dieses Kartoffelland einem Privatunternehmer zur Bewirtschaftung übertragen ist. Das Mitglied der Fünfzehnerkommission vertrat dort den Standpunkt, daß diese Arbeit nicht den Streikenden übertragen werden kann, weil der betreffende Unternehmer, falls dort kein Streik wäre, sich dann ebenfalls um andere Arbeitskräfte hätte umsehen müssen. Was das Kochen für die weiterarbeitenden Angestellten betrifft, vertrete das Mitglied der Fünfzehnerkommission den Standpunkt, daß diese Arbeiten weiter ausgeführt werden. Bei der Behandlung der Kohlenfrage war das Mitglied der Fünfzehnerkommission nicht anwesend, konnte also dazu auch keine Stellung nehmen.

Die Betriebsräte während des Streiks.

Die Frage, sollen die Arbeiterräte während des Streiks in den Betrieben verbleiben, wird von der Fünfzehnerkommission in Gemeinschaft mit dem Vollzugsrat durch folgenden Beschluß entschieden:

„Die Arbeiterräte sind kraft revolutionären Rechts in erster Linie Organe zur Ueberwachung des Produktionsprozesses in den Betrieben. Nach diesem Grundsatze haben die Arbeiterräte bei Streikbewegungen in den Betrieben zu bleiben und das Geschäftsgebaren der Betriebsleitungen zu kontrollieren, ohne selbst produktiv tätig zu sein. Es ist eine selbstverständliche Pflicht derjenigen Arbeiterräte, deren Betrieb im Streik steht, die ihnen ausgezahlte Entschädigung, soweit diese höher ist als die Streikunterstützung, zur Verfügung zu stellen."

Der Beschluß, der grundsätzliche Bedeutung für die Frage der Betriebsräte überhaupt hat, verdient die größte Beachtung durch die gesamte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft.

Begünstigung der Unternehmer durch Behörden und Truppen.

Um die Entladung von Waggons, sonst die Arbeit Streikender, durch Eisenbahnarbeiter zu verhindern, hat eine Verhandlung in der Eisenbahndirektion stattgefunden. Anwesend waren der Herr Präsident Wolff, Oberregierungsrat Täuschner, Regierungsrat Sander, vom Eisenbahnarbeiterrat Kollege Röhl und ein Mitglied der Fünfzehnerkommission. Die Verhandlung ergab, daß die Beweise für die völlige Erschöpfung der Möglichkeit, die bestreikten Firmen zur Entladung der Waggons zu zwingen, noch nicht erbracht sind. Die Eisenbahndirektion gibt zu, daß für das Entladen der Waggons durch Arbeiter der Eisenbahn von den bestreikten Firmen 20 Mark und mehr an die Eisenbahnarbeiter, die hier die Arbeit Streikender machen, gezahlt worden sind. Es wird auch zugegeben, daß die entladenen Güter durch die Gespanne des Fuhrparks der Eisenbahnen der

A.E.G. bzw. anderer Firmen zugestellt worden sind. Trotz der Einsprüche der Fünfzehnerkommission bleibt die Eisenbahndirektion auf dem Standpunkt stehen, daß die Entladung und Zustellung der Güter für die bestreikten Firmen ihrerseits nicht eingestellt wird. Wir wollen dazu bemerken, daß es uns fern liegt, Transportmittel der Allgemeinheit zu entziehen. Wir müssen aber nach wie vor darauf bestehen, daß die Zwangsentladung der Eisenbahnwaggons nur vorgenommen wird in der Art, daß die in den Waggons transportierten Güter durch die Eisenbahndirektion nicht in die bestreikten Betriebe, sondern in die Speicher der Eisenbahn entladen werden.

Es wird weiter mitgeteilt, daß die Besetzung der einzelnen Werke durch Truppen fortschreitet. Ebenso werden in größerem Umfange wie bisher Soldaten zur Ausführung der Arbeit jetzt Streikender abkommandiert. Die Angestellten der Firmen werden angehalten, die Beaufsichtigung dieser Soldaten zu übernehmen. Wir ersuchen alle Angestellten, dieses Ansinnen abzulehnen, und teilen mit, daß sich eine Vertrauensleute-Sitzung des Werkmeisterverbandes gleichfalls einstimmig auf diesen Standpunkt gestellt hat.

Die Beurteilung solcher einseitigen Stellungnahme der Behörden und der Militärgewalt überlassen wir der Arbeiterschaft. Der Eindruck, der durch diese Maßnahmen sowie durch die wiederholten Haussuchungen im Bureau des Metallarbeiterverbandes entsteht, muß durch das Verbot der „Freiheit" und die Handhabung der „Erlaubnis" zur Herausgabe der „Gewerkschaftlichen Nachrichten" verstärkt werden.

Sympathiekundgebungen für die Streikenden.

Aus zahlreichen Betrieben und Berufsgruppen sind der Streikleitung Solidaritätskundgebungen für die Streikenden zugegangen. In den letzten Tagen haben sich diese Kundgebungen so gehäuft, daß wir nicht in der Lage sind, alle Erklärungen im Wortlaut zu bringen. Die Solidarität der Berliner Arbeiterschaft wird im übrigen durch die Haltung der Gewerkschaftskommission genügend dokumentiert.

Ende des Streiks im Wagenbaugewerbe.

Zwischen dem Schutzverband für das Deutsche Wagenbaugewerbe und den in den Wagen- und Karosseriebaubetrieben beschäftigten Arbeitnehmern sind am Freitag, den 3. und Montag, den 6. Oktober 1919 folgende Vereinbarungen getroffen worden, die vom Montag, den 6. Oktober 1919, ab gelten. 1. Die Arbeit wird in allen Betrieben am Montag, den 6. Oktober, wieder aufgenommen. 2. Der Einstellungslohn der Gruppe I beträgt 3,40 M., der Einstellungslohn der Gruppe II beträgt 3,20 M. 3. Alle jetzt bestehenden Löhne werden um 10 Prozent erhöht, jedoch muß der Mindestlohn für Gruppe I 3,40 M., für Gruppe II 3,20 M. betragen. 4. Für nicht vollwertige Arbeiter wird der Lohn unter Hinzuziehung des Betriebsrates festgesetzt. 5. Die Akkordpreise werden um 10 Prozent erhöht, müssen aber die Akkordbasis von 3,75 M. für Gruppe I und 3,50 M. für Gruppe II erreichen. 6. Wo bessere Lohnbedingungen bestehen, werden diese von dem Abkommen nicht berührt. 7. Jugendliche Arbeiter erhalten von 14—16 Jahren 1,20 M., von 16—18 Jahren 1,75 M., von 18 Jahren ab 2,50 M. 8. Alle Arbeiter, die vor dem 1. August in den Betrieben eingestellt waren, erhalten unter Fortzahlung des bisherigen Verdienstes 3 Tage Urlaub, nach 2 Jahren der Beschäftigung 4 Tage, nach 3 Jahren 5 Tage, nach 4 Jahren 6 Tage Urlaub. Kriegsteilnehmer und Kriegsgefangene erhalten auch bei kürzerer Beschäftigungsdauer als 1 Jahr 3 Werktage Urlaub.

Ankündigungen.

Achtung! Streikende und ausgesperrte Arbeiter der Metallindustrie!

Es sind neu errichtet worden:

Stempelnebenstelle Nr. 10 bei Paproth, Kremmen, Dammstr. 205 für Kremmen, Schwante, Ziethen, Staffelde, Sommerfeld, Beetz, Simm.

Stempelnebenstelle Nr. 11 bei Friesenschloß, Müllerstraße 126.

Stempelstelle Nr. 40 bei Beyer, Müllerstr. 126.

Achtung! Obleute der streikenden Betriebe.

Die bisher täglich stattgefundenen Sitzungen finden von jetzt ab nur dreimal wöchentlich statt, und zwar, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, vormittags ½10 Uhr, Linienstr. 83—85.

Alle Betriebe der Metallindustrie, die Anträge auf Verschärfung oder auf Teilnahme am Kampf zu stellen haben, sowie Auskünfte, werden von jetzt ab dreimal wöchentlich erteilt, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag, vormittags, in der Zeit von ½10 bis 11 Uhr.

Wernerwerk! Siemens u. Halske. Betriebsversammlung Dienstag, 14. Oktober, 12 Uhr, im Vergnügungspark, Tegeler Weg.

Mix u. Genest. Montag 2 Uhr Betriebsversammlung Schloßbrauerei Schöneberg.

Hartung A.-G. Lichtenberg. Die Kollegen der Kontrollkarten 85 bis 284 von 10—12 Uhr zur Unterschrift der Quittungen, anschließend Versammlung im Streiklokal. Die Streikleitung.

Achtung! Schwartzkopff-Arbeiter Scheringstraße. Betriebsversammlung am Montag, den 13. d. M., mittags 12 Uhr, Sophiensäle, Sophienstraße 17. Kontrollkarten mitbringen.

A. E. G. Glühlampenfabrik. Ab Freitag, täglich morgens 10½ bis 2 Uhr, Ausgabe der Quittungen.

Achtung! Die im Holzarbeiterverband organisierten der A. F. A., Oberschöneweide, werden ersucht, sich im Streikbureau einzufinden, soweit sie die Quittungen noch nicht unterschrieben haben. Die Mitgliedsbücher sofort wieder abliefern. Streikunterstützung wird erst Montag zur festgesetzten Zeit gezahlt.

Achtung! Akkumulatoren-Monteure! Die Akkumulatoren-Monteure und Helfer der Akkumulatorenfabrik A.-G. Berlin-Hagen befinden sich im Streik. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten. Die Streikleitung. Das Streikbureau befindet sich Jüdenstr. 18.

Achtung! Die Kollegen der A. F. A. Oberschöneweide, welche im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert sind, müssen am Freitag, den 17. Oktober, vormittag 9—1 Uhr zwecks Unterschrift der Quittung im Streiklokal sein.

Am Montag, den 10. 10., findet im Volkshaus, Rosinenstr. 4, nachmittags um 2 Uhr die Betriebsversammlung der Firma Freund sowie die Auszahlung der Unterstützung statt.

Arbeiter Berlins!

Unterstützt die streikenden und ausgesperrten Metallarbeiter!

Klebt Streikmarken!

Gewerkschaftliches.

Die Angestellten zum Betriebsrätegesetz.

Eine stark besuchte Versammlung, einberufen von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, nahm folgende Entschließung einstimmig an: Die am 10. Oktober in den Kammersälen in Berlin sehr stark besuchte öffentliche Versammlung erblickt in dem Gesetzentwurf über Betriebsräte keine Erfüllung der Versprechungen, die den Angestellten im Frühjahr 1919 von der Regierung hinsichtlich einer Regelung des Mitbestimmungsrechtes gemacht worden waren. Die Parteien der Nationalversammlung werden dringend aufgefordert, dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Form die Zustimmung zu versagen und dafür einzutreten, daß das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen vor Abschluß der Dienstverträge gewährleistet wird und bei Kündigungen auch die Fälle der fristlosen Entlassung oder der Stillegung erfaßt werden. Dem Widerspruch des Betriebsrates bei Kündigungen ist eine rechtlich aufschiebende Wirkung zu verleihen. Hinsichtlich des wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechtes fordern die Versammelten eine eindeutige Fassung des § 34, Absatz 11, nach der dem Betriebsrat die Kontrolle der Geschäftsleitung zustehen muß. Alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, Kopf- und Handarbeiter im Betriebsrätegesetz künstlich von einander zu trennen, sind mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen. Die Versammlung sieht in dem Gesetzentwurf der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände die gegebene Grundlage, um endlich die Betriebsdemokratie zu verwirklichen und damit eine Steigerung der Produktion zu sichern.

Lohnbewegung der Mühlenarbeiter.

Die in den Mühlenbetrieben Groß-Berlins beschäftigten Mühlenarbeiter hatten ihre Lohndifferenzen dem Schlichtungsausschuß zur Regelung unterbreitet. Am 26. September faßte der Schlichtungsausschuß einstimmig den Beschluß, die Löhne für ungelernte auf 112,50 Mark, für gelernte Arbeiter auf 117,50 Mark, wie im Hamburger Tarif, und für Frauen auf 70 Mark festzusetzen. Die Mühlenarbeiter haben sich dem Schiedsspruch, trotzdem er ihre berechtigten Forderungen nicht erfüllte, gefügt und unter dem 29. September die Verbindlichkeitserklärung beim Demobilmachungskommissar beantragt. Die Mühlenbesitzer haben den Schiedsspruch unter Schreiben vom 3. Oktober abgelehnt.

Sollte die Verbindlichkeitserklärung nicht in allernächster Zeit erfolgen, so ist mit Sicherheit mit einem allgemeinen Ausstand der Mühlenarbeiter zu rechnen. Dann werden sich die Mühlenarbeiter auch nicht mehr mit den ohnehin nicht zu hohen Zugeständnissen des Schiedsspruches bescheiden.

Generalversammlung der Sattler und Portefeuiller. In der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Sattler und Portefeuiller gab Kollege Gottschalk einen ausführlichen Bericht vom Verbandstag zu Nürnberg. Ein Referat über das Rätesystem war dort abgelehnt worden. Der Sitz des Ausschusses würde nach Offenbach verlegt. Auch die Verschmelzung mit dem Tapeziererverband wurde vom Verbandstag in Aussicht genommen. Die Diskussion über diesen Bericht wurde vertagt. Es wurde dann die Wahl der 4 Beisitzer zum Zentralvorstand und der 6 Revisoren der Hauptkasse vorgenommen. Zum Schlusse gab Gottschalk einen Bericht über die Metallarbeiterbewegung und der am Mittwoch stattgefundenen Konferenz der Gewerkschaftskommission mit der Fünfzehnerkommission. Im Anschluß hieran wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der der einmütige Wille zu jeglicher Unterstützung der Streikenden ausgedrückt wurde. Der Antrag, den „Vorwärts" wieder als Publikationsorgan zu benutzen, wurde auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung gesetzt.

Groß-Berlin.

Stadtverordnetenversammlung.

Um die Arbeiterräte und um Steuerfragen

ging gestern abend der Kampf im Rathaus. Vom Magistrat waren zwei Vorlagen eingebracht, von denen die eine die Zustimmung verlangte zur Uebernahme von rund 20 000 Mark der durch die Vorarbeiten für die vom Vollzugsrat geplanten Neuwahlen zu den Arbeiterräten. Die andere Vorlage erläuterte, daß zur Finanzierung des Vollzugsrats 110 000 M. vorschußweise aus der Stadtkasse gezahlt worden sind. Davon sind 80 000 aus Staatsmitteln zurückerstattet. Ueber die Aufbringung der verbleibenden 30 000 M. schweben Verhandlungen. Außerdem sollen für die in der städtischen Verwaltung tätigen Arbeiterräte für das Rechnungsjahr 1918 6000 M., für 1919 25 000 M. nachträglich bewilligt werden. Die Bürgerlichen und Demokraten machten aus diesem Anlaß ihrem Herzen über die verhaßte Institution der Arbeiterräte Luft. Genosse Wehl rechnete scharf mit ihnen ab. Wenn in den Novembertagen sich die Dinge in verhältnismäßiger Ruhe und Ordnung abgespielt haben, so dank der Arbeiter- und Soldatenräte, so führte er aus. Mancher von den heutigen Widersachern des Systems hat damals seinen Weg zu den Arbeiter- und Soldatenräten gefunden, um seines lieben Lebens und Eigentums willen. Und wenn die städtischen Arbeiter durch das ganze Jahr ruhig gearbeitet haben und, wie ich hoffe, auch neuerdings dem Vergleichsvorschlag zustimmen werden, so haben wir dies dem Vollzugsrat zu danken. Allerdings wäre es erwünscht gewesen, der Magistrat hätte etwas über die Tätigkeit der Arbeiterräte mitgeteilt. Daraus würde sich ergeben haben, wie wertvolle Dienste sie geleistet haben. Es sei nur erinnert an die Senkung der Obstpreise. Aber auch sonst haben sie, wie vom Magistrat anerkannt wird, zahlreiche praktische Anregung für die Verwaltung gegeben. Sie sind so unentbehrlich geworden, daß sie geschaffen werden müßten, wenn sie noch nicht vorhanden wären. (Lebhafte Zustimmung.) Die Arbeiterräte sind fernerhin unentbehrlich, weil selbst die formal bürgerliche Demokratie noch nicht einmal in der Stadtverwaltung verwirklicht ist. Wir haben vielmehr noch Beamtenwirtschaft im weitesten Ausmaß. Die Arbeiter und Angestellten verlangen ein wirkliches, ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht, und sehen es im Rätesystem verwirklicht. Darum ist der Kampf der Arbeiter und Angestellten in erster Linie ein ideeller, um Heraushebung aus der Deklassierung des vierten Standes zur Gleichberechtigung. Darin finden sie unsere tatkräftige Unterstützung. Die Vorlagen wurden gegen ... men der Bürgerlichen angenommen.

Erneut brach der Sturmlauf los, als der Ein... je einem Mitglied der Arbeiterräte in die ...schen Deputationen und Kuratorien besch...den sollte. Bürgermeister Reike verteidigte die ... warmherzigster Weise gegenüber den Angriffen von ... Seite und konnte den Arbeiterräten große Sachken... eifrige Mitarbeit nachrühmen. Genosse Wehl wide... sonst noch an Einwänden übrig geblieben war. ... tat er mit Leichtigkeit den Vorwurf Cassels ab, es ... ein Privileg für eine Klasse geschaffen werden, indem ... wies, daß von insgesamt etwa 160 Bürgerdeputierten ... bis zehn nur den arbeitenden Schichten entstammen, ... bürgerlich-kapitalistische Vorherrschaft auch heute noch ... beseitigt werden müßte. Es wurde dem Antrage ...schlossen.

Ein Antrag Cassel, von dem Demokraten Brei...sam begründet, einzig von dem Vertreter der „Christlich... partei bekämpft, forderte die Stadtverordneten-Versam... Protest gegen die vom Reich geplante ... Umsatzsteuer auf Lebensmittel auf.

Unsere Fraktion dagegen beantragte, den Magistr... suchen, bei der Nationalversammlung auf die Beseitig... Umsatzsteuer hinzuwirken. Die Begründung dazu gab ... Ludwig. Die aus dem „freiesten Wahlrecht der Welt" ... gegangene Regierung hat dem deutschen Volk eine Ste... beschert, wie sie volksfeindlicher nirgends in der ... finden ist. Dann wies die Rednerin durchschlagend nach, ... geplante Steuer zum allergrößten Teile auf den Sch... armen und ärmsten Bevölkerungsschichten ruhen w... kennzeichnete dann das Verhalten der Parteien, die hier ... parlament gegen die Vorlagen opponieren, die ihre Ver... Reichstag akzeptieren, als schamlose Demagogie.

Den Rechtssozialisten legte sie nahe, getreu dem ... Programm, sich für unsern Antrag zu entscheiden. ... war, daß bei so wichtiger Materie die Bänke der Recht... und Bürgerlichen fast völlig leer waren. Pfannkuch ... wieder einmal den Nachweis, daß bei ihm und seiner ... Sozialismus kaum noch ein Schein übriggeblieben ist. ... Finanzbedarf des Reichs durch direkte Besteuerung nicht ... ist, nun so müssen eben indirekte erhoben werden. ... wie früher die Reaktionäre versicherte er: unbeeinfluß... Geschrei von draußen wird die Fraktion der Sozi... ihre Beschlüsse bezüglich der indirekten Steuern fassen. ... bis früher so emphatisch ausriefen, haben sich später ... draußen beeinflussen lassen müssen. Das werden auch ... sozialisten noch erfahren. Dann redete Pfannkuch ... über die Uneinigkeit der Arbeiterschaft. Genosse W... die ganze Verdrehungskunst dieser Menschen bloß. ... Widersinn, aus der Tasche, aus der keine direkte Ste... gezogen, noch indirekte Steuern ziehen zu wollen, o... auf die Leistungsfähigkeit, denn das ist unbestreitbar, ... direkten Steuern gerade am unsozialsten wirken. Wir ... auf diesem Wege nicht imstande aus dem Elend heraus... Der Kapitalismus steht eben vor seinem Bankerott. ... Massen werden dann eine andere Wirtschaftsordnung ... Stelle setzen.

Unser Antrag wurde mit Hilfe der Rechtssozialisten ... gebracht und der demokratisch-unzulängliche angenom...

Anzeigepflicht für vermietbare Räume.

Der Wohnungsverband Groß-Berlin erläßt auf G... Ermächtigung des Ministeriums für Volkswohlfahrt e...nung, durch die das Verfügungsrecht über sämtliche ... und freiwerdenden vermietbaren Räume den Gemein...tragen und die Verteilung der nach Groß-Berlin zuzie...sonen auf die einzelnen Gemeinden geregelt wird. ...nung gilt für den Bezirk des Wohnungsverbandes G... d. i. also für die Städte Berlin, Charlottenburg, ...berg, Neukölln, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Wilmersdorf, und die beiden Landkreise Teltow und Niederbarnim. ... Anordnung muß jeder gekündigte oder demnächst f... vermietbare Raum binnen 24 Stunden de...nungsamte der Gemeinde angezeigt ... Das Verfügungsrecht über diese Räume hat ... Gemeinde. Wer entgegen diesen Bestimmungen ...nung bezogen hat kann zwangsweise entfernt werden.

Ferner wird durch die Anordnung bestimmt, daß ... Groß-Berlin zuziehenden Personen ... Wohnungsverband auf die einzelnen Gemei... verteilen sind, welcher hierfür eine besondere ...stelle in der Klopstockstr. 24 I. eingerichtet hat. ... dann als Wohnungssuchende den Einheimischen ... werden.

Unterstützungserhöhung für weibliche Erwerb...

Ein Stadtverordnetenausschuß, der meistens aus ...stand, beschäftigte sich mit dem Antrag, die Erwerb...stützung für weibliche Erwerbslose zu erhöhen. Beschl... der Stadtverordnetenversammlung folgende Fassung z... „Der Magistrat wird ersucht, den unverheirateten weib...werbslosen mit eigenem Haushalt oder im Haushalt ... lebenden Erwerbslosen Unterstützung in der gleichen ...zuzahlen wie den männlichen."

Die Schrippe kommt!

Schon oft ist sie angekündigt worden. Aber immer ... die Meldung als verfrüht. Die Bemittelten freilich, ... leisten konnten, haben schon lange sich Weißgebäck ... lassen. Das saure und schlechte Brot haben sie den ... Armen überlassen.

Die Brotkartengemeinschaft Groß-Berlin hat nun ... das Kleingebäck allgemein wieder einzuführen. ...gültige Entscheidung wird in allernächster Zeit fallen. ... werden die Schrippen usw. nur gegen Brotkarte ... Hoffentlich wird nur gutes reines Weizenmehl für die ... verwandt.

Luftreise Berlin—Stockholm—Berlin. Die „Bode..., am Montag nach Stockholm geflogen ist, ist mit 15 ... Passagieren an Bord trotz starken Sturmes Mittwoch ... 11 Uhr wieder in Berlin glücklich eingetroffen. ... mittag um 10 Uhr ist das Luftschiff nach Friedrichsha... gefahren und hat damit seine regelmäßigen Fahrten ... genommen. Diese Luftreise ist als ein hervorragendes ... Ereignis zu werten.

Brieftasche verloren (Bahnhof Gesundbrunnen), 27 Mk., Militärpaß, Streikkarte vom Metallarbeiter-Ve... und rote Karte vom Vollzugsrat auf den Namen Arno ... abzugeben bei Arno Feier, Pankow, Brehmestr. 52 ...

Das Bureau des Demobilmachungsausschusses befindet sich jetzt Molkenmarkt 9/10, drei Treppen. ...anschlüsse: Amt Magistrat Nr. 600 und Ztr. 1318. ...kunftsuchende Publikum ist das Bureau nur von 9—1 ...

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielep... Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. ...

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse — Alexanderplatz

Ullstein-Schnitt- und Handarbeits-Muster in grosser Auswahl

Preiswerte Damen-Wäsche

Morgenrock guter Flauschstoff 79⁵⁰

Damen-Hemd fester Stoff mit Stickerei	21⁵⁰
Damen-Hemd guter Stoff, Rumpf gestickt .	23⁵⁰
Damen-Hemd vorzüglicher Stoff mit Stickerei ...	27⁵⁰
Damen-Beinkleid Knieform m. Stickerei	19⁵⁰
Damen-Beinkleid fester Stoff m. Stickerei	23⁵⁰
Damen-Beinkleid vorz. Stoff m. Stickerei	33⁷⁵
Dam.-Nachthemd m. Stickerei	39⁷⁵
Dam.-Nachthemd fester Stoff m. Stickerei	65⁰⁰
Batist-Hemden mit Stickerei	24⁵⁰
Batist-Hemden m. feinen Spitz. oder Stickerei	29⁷⁵
Batist-Hemden m. feinen Spitz. und Stickerei .	39⁷⁵
Batist-Beinkleid m. Stickerei	19⁷⁵
Batist-Beinkleid m. Stickerei	27⁰⁰
Rockbeinkleider m. Stickerei	39⁷⁵
Hemdhosen sehr elegant, ganz aus Stickerei	55⁰⁰
Batist-Nachthemden mit Stick.	65⁰⁰

Korsette

Korsette aus grauem Drell ...	16⁵⁰
Korsette fest. Stoff m. Languette	19⁷⁵
Korsette creme Cöper m. Haltern	23⁵⁰
Korsette modef. Drell m. Haltern	33⁵⁰
Korsette weiss Batist mit Spitze	39⁷⁵
Korsette aus feinem Jacquardstoff	44⁵⁰
Gürtel-Korsette aus festem Drellband.	6⁵⁰
Büstenhalter gutsitzende Form, fester Stoff	5⁹⁰

Morgenrock aus la. Flauschstoff, elegante Form 135⁰⁰

Flausch-Morgenjacken gute Verarbeitung 29⁷⁵

Eleg. Batist-Garnitur Hemd u. Beinkleid, passend 55⁰⁰ 75⁰⁰

Flausch-Morgenjacken gute Verarbeitung, schöne Form 49⁵⁰

...scher Holzarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
...reau: Berlin S.O. 16, Rungestraße 30.
...her: Amt Moritzplatz Nr. 10 623 und 5378.

Arbeiter-
... Angestellten-Ausschüsse,
...tionäre der Holzindustrie!

...ür Sonntag geplante Versammlung findet am ... den 15. Oktober, in „Haverlands-...en", Neue Friedrichstraße 35, statt, und ... Uhr abends. Wir bitten die Publikation des ...als zu beachten. Sorgt, daß jeder Betrieb ...ist. Vertrauensmännerkarte legitimiert.

...ung! Um 6 Uhr pünktlich, tritt die ...itungskommission zusammen.

Mitglieder-
...Branchen-Versammlungen.

... und Treppengeländerarbeiter: Montag, den ... Oktober, abends 7 Uhr, im „Verbands-...us", Rungestraße 30 (Arbeitslosensaal). ...sordnung u. a.: 1. Unsere Lohn- und ...eitsverhältnisse; 2. Wahl einer Zentralkom-...ion für das Drechslergewerbe Deutschlands.

... aller Branchen: Montag, den 13. Oktober, ...ends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", ...ufer 15 (Saal 1). Tagesordnung: 1. In-...mation über Beitragshöhe und Zahlstellen; ...Wahlen; 3. Verschiedenes. Jeder Kollege muß ...scheinen!

...: Mittwoch, den 15. Oktober 1919, nach-...ags 5 Uhr, in den „Prachtsälen Alt-...rlin".

...ierer und Beizer, Bezirk Weißensee: Mitt-...ch, den 15. Oktober 1919, nachmittags 5 Uhr, ... „Prälaten", Lehderstraße 122.

...er! Mittwoch, den 15. Oktober 1919, abends ... Uhr, bei Booker, Weberstraße 17. Tages-...nung u. a.: 1. Die Arbeiterratswahlen, ...ferent: Kollege Bruno Lieske; 2. Die neuen ...einbarungen.

...eitschenarbeiter und -Arbeiterinnen: Donners-..., den 16. Oktober 1919, nachmittags 5 Uhr, ... Breuer („Königsbank"), Große ...ankfurter Straße 117. Tagesordnung u. a.: ... Die Arbeiterratswahlen, Referent Kollege ...uno Lieske; 2. Die Verhandlungen mit den ...beitgebern und Beschlußfassung über einen ...en Vertrag.

...er: Donnerstag, den 16. Oktober 1919, ...ends 7 Uhr, bei Marcinkowski, ...haelkirchstraße 24. Tagesordnung u. a.: ...icht von den Verhandlungen mit den Unter-...mern.

..., Horn-, Galalith- und Elfenbeinarbeiter: ...nstag, den 14. Oktober, abends 5 Uhr, im ...werkschaftshaus (Restaur.). Tages-...nung: Bericht über die Reichstarifverhand-...gen.

...cher: Donnerstag, den 16. Oktober, abends ... Uhr, bei Kittelmann, Gohlerstraße 8, ...neralversammlung sämtlicher Schirmmacher.

Zahlstelle 73 ...ich vom 18. Oktober 1919 ab bei Johann ... Guffner, Möllendorffstraße 123.

Die Ortsverwaltung.

...! Achtung!

...el-Handel Groß-Berlins.

...ntral-Festsäle, Alte Jakobstraße. Montag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr.

Vollversammlung

...Facharbeiter in den Kauf- und Warenhäusern ...den gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen. ...sordnung: 1. Abbruch der Verhandlungen ... Unternehmern; 2. Stellungnahme zu dieser ...ituation.

Die Verhandlungskommission.

...! Arbeiter Achtung!

...edlungsbauten von Groß-Berlin

...g, den 14. Oktober 1919, abends 7 Uhr, findet eine

...rsammlung

...ämtlicher auf Siedlungsbauten beschäftigten Arbeiter in ...ä... (...), Berlin, Sophienstr. 24. (nicht ...ophiensäle) statt.

...nung: ...e verbessern wir unsere wirtschaftliche Lage ohne Mehr-...en der Kommunen und des Staates? ...scheinen aller Arbeitnehmer der Siedlungen erforderlich.

J. A.: Die Kommission der Betriebsräte.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands

Filiale Berlin, Sebastianstraße 37/38
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9737.

Herren-, Knaben- und Gummimäntel-Konfektion.

Am Montag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr, bei Booker, Weberstraße 17

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung: Entsprechen die Löhne in der Konfektion den heutigen Teuerungsverhältnissen?

Kolleginnen und Kollegen! Wir erwarten von Euch, daß Ihr zu dieser wichtigen Versammlung vollzählig erscheint und alle in der Konfektion Tätigen, soweit es Euch möglich, veranlaßt, mitzukommen. Große Aufgaben harren der Erledigung, die nur durchgeführt werden können, wenn wir geschlossen uns einig sind.

Die Geschäftssitzungen fallen aus.

Achtung! Um 6 Uhr Sitzung der Vertrauensmänner. Jedes Geschäft muß vertreten sein.

Die Kommission.

Herrenmaßbranche!

Zwischenmeister, deren Gesellen und Näherinnen!

Mittwoch, den 15. Oktober, abends 7 Uhr findet eine

Gemeinsame Sitzung

bei Wegener, Seydelstraße 30, statt.

Tagesordnung: 1. Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen; 2. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Kommission.

Herrenmaßbranche!

Für alle in Reparaturwerkstätten und bei Kleinmeistern (zur Hand) Beschäftigte (Gesellen und Näherinnen) findet am Donnerstag, den 16. Oktober, abends 7 Uhr, eine

Versammlung

bei Wegener, Seydelstraße 30, statt.

Tagesordnung: 1. Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen 2. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Kommission.

Angestellte der Abzahlungsgeschäfte!

Am Montag, den 13. Oktober, abends 7½ Uhr, findet im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72, eine

öffentliche Versammlung

statt.

Tagesordnung: Bericht aus den Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Referent: Kollege Gilbermann.

Die Arbeitgeber sträuben sich gegen jede tarifliche Regelung; sie wollen den Angestellten unter keinen Umständen ein Mitbestimmungsrecht einräumen.

Erscheint einmütig und geschlossen zum Protest.

Zentralverband der Angestellten.
Sektion der Abzahlungs- und Versandgeschäfte.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Sektion I Handelsarbeiter.

Handelshilfsarbeiter und -Arbeiterinnen der

Engros-Textil-Branche und Bekleidungs-Industrie

Dienstag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal, Engelufer 15:

Große Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht und Stellungnahme zu den Tarifverhandlungen.
2. Branchenangelegenheiten.

Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert.

Vollzähliges Erscheinen ist bei der Wichtigkeit der Tagesordnung dringend erforderlich.

Die Branchenleitungen.
J. A.: K. Walter, P. Schacht.

Für die **U. S. P. D. Bezirk Oberschlesien** wird für sofort ein tüchtiger

Parteisekretär

mit guten Agitations- und Organisationsfähigkeiten gesucht.

Bewerber müssen geborene Oberschlesier, der deutschen und polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig und zwei Jahre politisch organisiert sein.

Gefl. Angebote an die Bezirksleitung der U. S. P. D. in Hindenburg O./S. erbeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85.
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!

Montag, den 13. Oktober 1919, abends 6 Uhr

Versammlung

aller in der Knopf- und Korsettstangen-Industrie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen

im Königstadt-Kasino, Alexanderstraße 21 und Holzmarktstraße 72.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu unserem Vertrag. — 2. Diskussion.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Achtung! Achtung!

Am Donnerstag, den 16. Oktober 1919, abends 6 Uhr, in den Andreas-Sälen, Andreasstr. 21

Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung mit den Arbeiterräten der Metallindustrie.

Tagesordnung: 1. Kritik des Betriebsrätegesetzes. Referent: Gen. Dr. Goldschmidt. 2. Diskussion.

Für die Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltung legitimiert die gestempelte Legitimationskarte und Mitgliedsbuch oder Streikkarte. Die Arbeiterräte legitimieren sich durch die Arbeiterratskarte und Organisationsausweis des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!

Streikende u. Ausgesperrte der Firma C. Lorenz A.-G. Tempelhof.

Die Betriebsversammlung und Auszahlung der Unterstützung kann am Montag nicht stattfinden.

Weitere Bekanntmachungen durch die Presse (Freiheit).

Gegründet 1863

PELZ-Waren

en gros — Export

Einzelverkauf

wie alljährlich preiswertestes Angebot in Kragen, Muffen und Pelzhüten, Fuchsgarnituren in großer Auswahl. — Reparaturen prompt und billig.

Ad. Abrahamsohn Nachf.
28ᴵ Neue Königstraße 28

Pelz-

Kragen, Muffen, Mäntel

modernste Formen, beste Verarbeitung gegen bar u. erleichterte Zahlungsbedingung.

Pelzhaus Abuco,
Leipziger Str. 58 I.

Metallankauf

Kupfer, Messing, Zinn usw. Gold, Silber, Platina. Metallschmelzwerk, Waldemarstr. 74

Achtung! Achtung!

Arbeiter-Betriebsräte

(Arbeiter-, Angestelltenausschüsse, Funktionäre)

des gesamten graphischen Gewerbes

Dienstag, den 14. Oktober 1919, abends 5 Uhr, findet in den Sophiensälen, Sophienstraße 18, eine

Große Funktionärversammlung des gesamten graphischen Gewerbes

statt.

Tagesordnung:

Der Zusammenschluß in dem graphischen Gewerbe.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen der gesamten Funktionäre unbedingt notwendig. Betriebsausweise erforderlich.

Vollzugsrat Groß-Berlin.

Achtung! Achtung!

Arbeiter-Betriebsräte

(Arbeiter-, Angestelltenausschüsse, Funktionäre)

der gesamten Holzindustrie.

Mittwoch, den 15. Oktober 1919, abends 6½ Uhr, findet in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35 eine

Große Funktionärversammlung der gesamten Holzindustrie

statt.

Tagesordnung:

Der Zusammenschluß in der Holzindustrie.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen der gesamten Funktionäre unbedingt notwendig. Betriebsausweise erforderlich.

Vollzugsrat Groß-Berlin.

Polit. Redakteur

Erste Kraft für U. S. P. Tageszeitung in Hannover per 1. November gesucht. — Bewerbungen mit Einsendung einiger Arbeiten unter „Redakteur" an Genossen Wilh. Heider, Hannover-Linden, Göttinger Straße 49 bis zum 20. d. Mts. erbeten.

Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands

Filiale Berlin.

Gegenüber der Aufforderung des nichtbestätigten Vorstandes der Filiale Berlin die Wochenbeiträge nur an ihn abzuführen weisen wir darauf hin, daß der Vorstand keine Beitragsmarken besitzt, er also auch keine kleben kann. Wir warnen die Mitglieder dringend die Beiträge dem neuen Vorstande zu übermitteln und verweisen auf die Bestimmungen des Statutes, nach denen jedes Mitglied, welches länger als 10 Wochen mit den Beiträgen im Rückstande ist, als ausgeschlossen gilt; des weiteren machen wir darauf aufmerksam, daß der Anspruch an die Arbeitslosenunterstützung erlischt, wenn die Mitglieder länger als 3 Wochen mit den Beiträgen rückständig sind. Wer seine Anrechte an den Verband aufrecht erhalten will, klebe seine Marken in den alten Zahlstellen. Zugleich betonen wir auch an dieser Stelle, daß der Vorstand der Filiale Berlin jede Beilegung des Konfliktes zwischen ihm und dem Zentralvorstande durch die im Statute vorgesehenen Verbandsinstanzen sabotiert. Den Weg zur Klärung der Sache hat der Zentralvorstand gewiesen, der Filialvorstand lehnt die Klärung ab.

Der Zentralvorstand
J. A. Herm. Linke.

Wir suchen zum baldigen Antritt einen

politischen Redakteur

(1. Kraft). Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind an den Vorsitzenden der Preßkommission, Gen. Mecklenburg, Hamburg, Heußweg 51 II zu richten.

„Hamburger Volks-Zeitung"
e. G. m. b. H.

Nachlaßsachen, alte und neue Werkzeuge. Lock, Stettiner Str. 62. Norden 1005.

Leiterwagen, Lieferwagen, alle Sorten Räder und Ersatzteile Palisadenstraße 101.

DIE BEHAUPTUNG!

Damenkleidung!

C&A

preiswert!

C&A

Königstr. 38 Chausseestr. 113

Am Bahnhof Alexanderplatz — Dicht Stettiner Bahnhof

DER BEWEIS

Mod. Winfermantel aus blau-grün karrierter Ware, 120 cm lang nur **89.–**

Wieder da! **Elegant. Straßenkostüm** aus einfarbiger Diagonal-Ware in verschiedenen Farben, reich mit Tressen und Knöpfen verziert nur **135.–**

3/4 lang. **Winfermantel** aus dicker, warmer, einfarbiger Ware in verschiedenen Farben, großer hochstellbarer Kragen und bequeme Taschen nur **58.–**

• Kupferdrähte •

Litzen, Dynamodrähte, Glühlampen, Isolierrohr, Fassungen, jeden Posten, kauft **A. Meigners, C 25, Alexanderstr. 30**

Telephon Alexander 3968. — Geschäftszeit 9–5 Uhr.

Billige Wohnungen

erzielt man durch **Patent-Schlafmöbel**

Verwandelbare Chaiselongues, Bettstellen, Bettcouches, Bettsitzbänke, Tischbetten etc. Besichtig. ohne Kaufzwang erb. Nippe & Pasche, Fa. Schlafmöbelfabr. Berlin, Oranienstraße 112.

Echte Edel-Brombeere

Königin der Schwarzen

Ist vollständig winterhart, trägt schon im ersten Jahre reichlich Früchte und ist trotzdem anspruchslos in bezug auf Boden und Pflege.

Diese außerordentlich großfrüchtige Gartensorte von feinstem aromatischen Geschmack liefert höchste Erträge (an einem älteren Strauch zählte ich nur über — 2300 große Beeren) und ist nicht mit den gewöhnlichen wildwachsenden, kleinfrüchtigen Brombeeren zu verwechseln, deren Ertrag kaum ¼ so groß ist wie der von

Königin der Schwarzen.

Diese beliebte Edelfrucht eignet sich zum Rohgenuß, zu Kompotts und zur Weinbereitung gleich vorzüglich und ist auf dem Markte stets gegen hohen Preis gesucht. Besonders wertvoll wird sie dadurch, daß sie von August bis November Früchte bringt, also zu einer Zeit, wo an Beerenobst Mangel ist.

Meine Vorräte sind knapp, bestellen Sie sofort.

10 St. M. 13.20, 25 St. M. 29.50, 100 St. M. 115.—

Außerdem kann ich zurzeit noch liefern:

Riesen-Himbeere „Marlboro"

beste, ertragreichste (ein Strauch brachte über 2000 große Beeren), sofort tragbare, winterharte Sorte von würzigem Wohlgeschmack, die sich besser als jede andere Hildebrandt zum Rohessen sowie für den Hausgarten eignet.

Tragfähige Sträucher: 10 St. M. 5.80, 25 St. M. 13.70, 100 St. M. 48.—

Johannisbeere „Holländer Riesen" 10 St. M. 19.35

Johannisbeere, Schwarze, 10 St. M. 22.65

Stachelbeere, großfrüchtige, 10 St. M. 24.—

Da Vorräte sehr knapp, sind Stachelbeeren und Johannisbeeren nur in diesen Mengen lieferbar und nur bei gleichzeitiger Bestellung auch anderer Beerenobststräucher oder Rhabarber.

Edel-Rhabarber „Burlemerit" Starke Pflanzstämme: 10 St. M. 9.90, 25 St. M. 22.—

100 St. M. 80.50 Kräftige Pflanzen: 25 St. M. 7.— 100 St. M. 26.— 1000 St. M. 210.—

Jetzt für alles beste Pflanzzeit.

Versand ab Thelsen per Nachnahme (Valeta mit ½ Porto, Bahnsendungen mit ½ Verpackungskosten bei Bestellung der angeführten Mindestmengen und nahe) in guter Verpackung, auch nach den entferntesten Gegenden.

Preisliste mit bunten Abbildungen kostenfrei.

Arthur Plöttner, Großgärtnerei, Thelsen 385 C (Schles.)

Auf Kredit und Barzahlung

Möbel

Herren- u. Wohn-Zimmer, Schlaf- u. Speisezimmer, Mod. Küchen

Einz. Möbel sowie ganze Ausstattungen

Damen- u. Herren-Konfektion

Leichte Zahlungsweise

Kredithaus **ANDERS**

Gegründet 1900

Gr. Frankfurter Str. 15

Fern. Lebensjahre

Herrenkleidung

nach Maß in tadelloser Ausführung v. 350 M. an

Große Auswahl in Winterstoffen.

Anzüge zum Wenden werden angefertigt.

Anfertigung eleg. Frühjahrsstoffe.

Julius Fabian

Schneidermeister

Grosse Frankfurter Str. 24 III.

Landparzellen

Kolonie Rösigeshöhe-Tasperstieg, ½ Std. vom Stettiner Vorortbahnhof, günstig gelegen, mit bestem Boden für Obst- u. Gemüsezucht. Parzellen von 1000 Mk. an, auch bei kleinerer Anzahlung zu günstigen Zahlungsbedingungen. Ständiges Wohnen im Sommerhäuschen erlaubt. Kolonisten Fahrpreisermäßigung.

W. Koschutzky

C 54, Rosenthaler Str. 39 Norden 3002. 9–½4

Schellack. Leim kauft Fürstenwalder Str. 20, part.

Brauerei Königstadt. Schönhauser Al

Sonnabend, den 25. Oktober 19

Fest-Konzert

aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des M.-G.-V. „Namenlos".

Chormeister: **Emil Thilo.**

Mitwirkende:

Frl. Ida Bassler, Sopran, Herr Julius Roether, Bariton von Opernhaus, Charlottenburg, das Blüthner-Orchester, Dirigent

Anfang 7 Uhr. Billetts vergriffen. Eintri

Freitag, den 24. Oktober 1919

Daselbst: **Generalprob**

Anfang 7 Uhr. Eintritt

Billetts bei den Mitgliedern und an der Abendka

Bildungsausschuß U. S. P. Neukölln

Montag, den 13. Oktober, abends 6½ Uhr,

Wiederbeginn des Kursus in

Nationalökonomie

Genosse Crispien

im Idealkasino, Weichselstr. 8.

Mittwoch, den 22. Oktober u. Donnerstag, den 23. Oktober,

Vorstellung im Rose-Theater.

Große Frankfurter Straße.

„Das Gesetz"

Sozialistisches Schauspiel von Paul Bader.

Eintritt 2 Mk. Anfang 7½ Uhr.

Sonntag, den 19. Oktober

in der Aula der Realschule, Boddinstraße

Reuter-Abend

Vortrag des Rezitators Hans Brandt.

Anfang 7½ Uhr. Eintritt 50 Pfg.

Sonnabend, den 1. November

im großen Saal von Happolds Brauerei, Hasenheide

Herbst-Konzert

(Tanzwiesen von Glack—Strauß.

Mitwirkende: Hermann Scherchen mit dem Blüthner-Orchester.

Anfang 6½ Uhr. Eintritt 1.30 Mk.

Eintrittskarten zu sämtlichen Veranstaltungen sind im Büro Neukölln, 3, in der „Freiheit", Spedition Neukölln, in der Bibliothek, Anzengruberstr., bei den Bezirkskassierern und in der Geschäftsstelle „Freiheit", Schillerdamm 19 zu haben.

Der Bildungsausschuß

I. A.: Schneider.

Zigarren, Zigaretten

Große Auswahl in allen Preislagen.

Dänischer Kautabak frisch eingetroffen. Billigste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer.

Zigarren- u. Zigaretten-Vertrieb Berlin NO 18,

Große Frankfurter Straße 57.

Möbel-Ange

Solide Möbelfirma liefert Spezial-Bi zimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen.

Keine Kassierer. Inkasso monatlich.

Offerten: Postlagerkarte 6.

Der moderne Metallar

Ratgeber für Dreher, Schlosser u. Monteure (Gewinde-, konisch drehen) 400 S.

Die Fräserei

Lehr- und Handbuch, 266 S.

Kalkulation im Maschi

u. mod. Arbeitsmethoden, 286 S.

Jedes Buch (von O. Schwenk) geb. 6.50

E. HERRMANN, Abt. 9, Berlin,

Zahnarzt Falken

Wissenschaftlich anerk

Spezialverfahren für An

(eigene bei Herzleidenden, Ner sehr Sensibl'en bewährte Be

Befestigung loser Zä

Kantstraße 132, hochpart.

In folgenden Speditionen w

Botenfrau

eingestellt:

Spedition **Lode**, Markusstraße 2

„ **Sinner**, Skalitzer Str.

„ **Bernsee**, Steglitz,

„ **Girschner**, Ottoschlag

„ **Goetze**, Treskowstraße

„ **Bartsch**, Tempelhof,

„ **Nessler**, Wilmersdorf,